

Stadt Teltow




*An die Mitglieder
der Stadtverordnetenversammlung
von Teltow*

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungs-Nr.: SVV/025/2011	Sitzungs-Ort: "Neues Rathaus" Teltow, "Ernst-von-Stubenrauch-Saal", Marktplatz 1-3		
	Datum: 25.05.2011	<input type="checkbox"/> öffentliche Sitzung Uhrzeit: 18:00 Uhr	<input type="checkbox"/> nichtöffentl. Sitzung Uhrzeit: im Anschluss


Niederschrift

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011		Niederschrift Seite: 2	
DS Nr.:		Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|----------|---|--------------------|
| TOP 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| TOP 2. | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 3. | Bestätigung der Tagesordnung öffentlicher Teil | |
| TOP 4. | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5. | Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung vom 30.03.2011 | |
| TOP 6. | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 6.1. | Jahresbericht 2010 der Feuerwehr Teltow | |
| TOP 7. | Persönliche Erklärung des Stadtverordneten, Herrn Dr. Wolfgang Köhn, DIE LINKE/BündnisGrüne | |
| TOP 8. | Anträge des Bürgermeisters: | |
| TOP 8.1. | Prüfung einer gemeinsamen Organisationsform des Bauhofes der Gemeinde Kleinmachnow für die Kommunen Kleinmachnow und Teltow | DS-047/2011
neu |
| TOP 8.2. | Beauftragung des Integrierten Verkehrskonzeptes für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf (TKS) | DS-042/2011 |
| TOP 8.3. | Verlegung von STOLPERSTEINEN im öffentlichen Straßenraum der Stadt Teltow zum Gedenken an die Schicksale ehemaliger verfolgter Teltower Einwohner in der Zeit des NS-Regimes 1933 – 1945 | DS-051/2011 |
| TOP 8.4. | Antrag auf weitere Fortführung der Übertragung von Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG) auf unbestimmte Zeit | DS-071/2011 |
| TOP 8.5. | Feststellung der Ortsüblichkeit der Bienenhaltung | DS-052/2011 |
| TOP 8.6. | Dritte Änderung der Verwaltungsgebührensatzung | DS-061/2011 |
| TOP 8.7. | Haushaltssatzung 2011 | DS-043/2011 |

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011		Niederschrift Seite: 3	
DS Nr.:		Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	


TOP 9. Sonstiges und Informationen:

TOP 9.1. Schriftliche Vorlage zur Information


TOP 9.1.1. Brandschutz

VL-046/2011

TOP 9.2. Weitere Informationen

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 4	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

	Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.05.2011:
	<p><u>Öffentlicher Teil:</u></p> <p>TOP 1.: Eröffnung und Begrüßung</p> <p>Der Vorsitzende, Herr Berndt Längrich, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder der SVV, die Gäste aus der Verwaltung und die Öffentlichkeit. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung und Tagesordnung den Mitgliedern fristgemäß zugegangen sind und die Sitzung damit ordnungsgemäß einberufen wurde.</p> <p>Der Vorsitzende begrüßt insbesondere den Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, Herrn Grubert, der heute in seiner Funktion als Vorsitzender der Verbandsversammlung des WAZV der SVV beiwohnt.</p> <p>TOP 2.: Feststellung der Beschlussfähigkeit</p> <p>Von 29 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung 22 Mitglieder anwesend.</p> <p>Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben.</p> <p>TOP 3.: Bestätigung der Tagesordnung öffentlicher Teil</p> <p>Änderungen zur öffentlichen Tagesordnung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bürgermeister, Herr Schmidt zieht die Drucksache Nr.: 037/2011 – 1. Fortschreibung des Straßenausbaukonzeptes -, TOP 7.4. von der Tagesordnung zurück. 2. Herr Dr. Köhn, DIE LINKE/BündnisGrüne möchte eine persönliche Erklärung abgeben. <p>Der Vorsitzende informiert, dass heute noch der Jahresbericht 2010 für die Feuerwehr Teltow gehalten wird.</p> <p>Damit wird die persönliche Erklärung des Herrn Dr. Köhn als neuer TOP 7 eingeordnet. Der Jahresbericht 2010 der Feuerwehr wird als TOP 6.1. nach dem Bericht des Bürgermeisters eingeordnet.</p> <p>Die so geänderte öffentliche Tagesordnung wird mit 22-Ja-Stimmen angenommen.</p> <p>TOP 4.: Einwohnerfragestunde</p> <p>Der Vorsitzende informiert, dass eine schriftliche Einwohnerfrage eingegangen ist. Es handelt sich um die Einwohnerfrage von Frau Anorthe und Herrn Mario</p>

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 5	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Grundeigentum aus der Resedastraße, in der es um die Bepflanzung in der Resedastraße mit Pappeln geht. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Fragesteller im Sitzungsraum befinden, meldet sich kein Einwohner. Die schriftliche Einwohnerfrage mit 11 gesammelten Unterschriften liegt allen Stadtverordneten vor. Ebenso wurde heute an die Stadtverordneten eine Beantwortung der Verwaltung dazu vorgelegt.

Der Vorsitzende bittet den Bürgermeister, den fragestellenden Bürgern eine schriftliche Antwort zu geben.

(Herr Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne und Herr Szilleweit, DIE LINKE/BündnisGrüne sind erschienen. Damit sind 24 Stadtverordnete anwesend)

1. Mündliche Einwohnerfrage von Herrn Andreas Wolf aus Seehof zur Altanschließerproblematik:

Fragen an den Bürgermeister:

Inwieweit sieht sich der Bürgermeister in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Abwasserzweckverbandes in der Lage, sich einzusetzen für die Bürger bzw. weiterzuhelfen, dass z.B. eine Musterklage ermöglicht wird, um die Diskussionen, die über die Altanschließerproblematik existieren, auf einem bürgerfreundlichen Weg klären zu können?

2. Mündliche Einwohnerfrage von Herrn Detlef Lehmann aus Seehof:

Seit einigen Jahren werden Straßenausbauten betrieben und nebenbei auch viele Eigenheime gebaut. Herr Lehmann ist Eckgrundstücksbesitzer und es haben früher Grünstreifen in der Straße bestanden, die durch die Baumaßnahmen so zerstört wurden, dass es an der Zeit wäre, diese Grünstreifen wieder herzustellen oder sie durch zertifizierte Stoffe auszugleichen. Es sei jetzt ein unerträglicher Zustand vorhanden. Die Verwaltung möge sich den Zustand anschauen, weil die Anlieger keine Lust mehr zur Pflege der Grünstreifen aufbringen können, weil es ja gar nichts mehr zu pflegen gibt.


Beantwortungen des Bürgermeisters, Herr Schmidt:

1. Zur Frage des Herrn Lehmann:


Zu den Straßenbaumaßnahmen, die im Ortsteil Seehof in relativ großem Umfang stattfinden, plädiert der Bürgermeister für eine Ortsbesichtigung. Es liege der Verwaltung daran, im Rahmen der Baumaßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass an diese Dinge gedacht wird. Deshalb der Vorschlag, einen Termin für die Ortsbesichtigung abzustimmen, um die Dinge bewerten und Abhilfe schaffen zu können.

2. Zur Frage des Herrn Wolf:

Herr Schmidt sage hier ausdrücklichen Dank an Herrn Grubert, nicht in dessen Eigenschaft als Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, sondern in seiner Funktion als Vorsitzender der Verbandsversammlung des WAZV wie auch Dank

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 6	
DS Nr.:	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	


	<p>an Frau Harder, Geschäftsf. WAZV und Frau Lenk, Geschäftsstellenleiterin von der MWA, die das gesamte Prozedere der Altanschließerproblematik mit begleiten. Damit kann auf die Fragen der Bürger fach- und sachkundig geantwortet werden. Herr Wolf habe konkret die Person Herrn Schmidt und dabei vielleicht nicht nur in seiner Funktion als Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung, sondern in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Teltow angesprochen. Der Bürgermeister ist natürlich seinen Bürgern verpflichtet und die Altanschließerproblematik ist im Prinzip eine, die seit geraumer Zeit bekannt ist, aber in der Umsetzung jetzt unmittelbar viele Haushalte betrifft. Die Frage, wie Herr Schmidt unterstützend wirken kann, ist nach seiner Interpretation sehr eingeschränkt. Alle Bürgermeister sind sowohl vom Innenministerium als auch von der Unteren Kommunalaufsicht dazu verpflichtet, das Gesetz umzusetzen, was nicht heißt, dass man sich nicht darum bemüht, gute Lösungen zu finden. In der Zweckverbandsversammlung wurden diverse Möglichkeiten beraten, abgewogen und entschieden. Es wurde umfangreich kommuniziert sowohl von Seiten des Abwasserzweckverbandes und der MWA in Form von Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit. Jetzt ist eine aktuelle Situation gegeben, wo jeder Einzelne mit einem Erhebungsbogen konfrontiert wird und somit einer möglichen Veranlagung unterliegt. Fakt ist, dass die Bürgermeister nicht gegen das Gesetz klagen werden. Es ist eine Landesgesetzgebung und dieses Gesetz ist nicht neu. Der Presse war zu entnehmen, dass man sich auf der Ebene des Landtages mit dem Thema nochmals auseinandersetzen möchte, was Herr Schmidt für legitim und einen guten Vorschlag hält. In der Umsetzung des Gesetzes sind die s. g. Dienstleister wie die MWA und WAZV dem Gesetz verpflichtet. Möglich wäre die Führung von Einzelgesprächen, wenn es den Bedarf gibt, aber auch in abzustimmenden Runden darüber zu sprechen und zu schauen, wie sieht der Einzelfall aus, wo gibt es Möglichkeiten, steuernd einzugreifen, was aber wirklich im Einzelfall betrachtet werden muss. Die Hauptverwaltungsbeamten haben erst einmal die Pflicht, das Gesetz umzusetzen.</p> <p>Nachfrage von Herrn Wolf:</p> <p>Herr Wolf dankt für die umfangreiche Beantwortung, die aber nicht für die gestellte Frage zutrifft. In anderen Gemeinden gibt es Beispiele, dass Bürgermeister sich engagieren für die Wünsche der Bürger im Bereich der Altanschließerthematik. Deshalb nochmals die Frage konkret an den Bürgermeister, Herrn Schmidt, ob richtig verstanden wurde, dass Herr Schmidt als Bürgermeister als auch als stellvertretender Verbandsvorsitzender keinen Raum sieht, dieses Thema zu unterstützen? Es gibt konträre Briefe des Ministeriums des Inneren, die auch offiziell bekannt sind und wo schon die gegenteilige Information drinsteckt, nämlich, dass es einen Zwang gebe, das Gesetz umzusetzen.</p> <p>Antwort des Bürgermeisters, Herrn Schmidt, dass Herr Wolf davon ausgehen kann, dass der Bürgermeister sich für die Interessen der Bürger vor Ort einsetzt und dies im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Es sollte nicht im Raum</p>
--	--

Gremium Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Niederschrift Seite: 7	
DS Nr.:		Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

stehen bleiben, dass es widersprüchliche Aussagen gibt und deshalb möge Herr Grubert das Wort erhalten, um die Rechtslage aus Sicht des Wasser- und Abwasser-Zweckverbandes darzustellen.

**Ausführungen von Herrn Grubert als Vorsitzendem der
Verbandsversammlung des WAZV „Der Teltow“:**

Die Situation ist so: Der Aufgabenträger der Wasser- und Abwasserentsorgung ist verpflichtet zur Refinanzierung des entstandenen Herstellungs- und Anschaffungsaufwandes durch Gebühren oder Beitragsfinanzierung eine Refinanzierung hinzubekommen. Er ist deshalb grundsätzlich verpflichtet, Beiträge für alle Grundstücke zu erheben, die durch die dauerhafte und rechtliche gesicherte Möglichkeit der Inanspruchnahme der Abwasseranlagen hier in der Region bevorteilt sind. Im Laufe der Zeit ist durch das Kommunale Abgabengesetz erst einmal die Verpflichtung zur Refinanzierung und dann ist in Ausweitung des Kommunalen Abgabengesetzes festgelegt worden, dass es hier auf Grund des Artikels 3 des Grundgesetzes keinen Unterschied zwischen Altanschließern und Neuanschließern gibt. Das heißt, in dem Fall sind alle, die die Möglichkeit der Abwasserentsorgung in der Region haben, auch verpflichtet, die Beiträge einzuziehen. Das Ministerium des Innern und Kommunalaufsicht des Landkreises haben dabei klargestellt, dass die Pflicht zur Erhebung von Anschlussbeiträgen nicht in das Ermessen, nicht in die Beurteilung des Vorstandsvorstehers oder der Bürgermeister gelegt ist, sondern diese Pflicht besteht. Die Kommunalaufsicht hat zugleich nach Rücksprache mit dem Ministerium des Innern mitgeteilt, dass sie diese Durchsetzung der Forderungen auch überprüfen wird. Das ist die erste Ausgangssituation. Herr Grubert möchte einem weitverbreitetem Irrtum entgegentreten: Diese Pflicht zur Refinanzierung der Beiträge, die wir in das öffentliche Abwassernetz investiert haben in den vergangenen Jahren, betrifft nur Beiträge von Investitionen, die seit dem 03.10.1990 geleistet worden sind. Das heißt, nur diese Investitionen, in ganz kleinen Fällen auch Ablösebeiträge für vorhandene Leitungen, die man vorher bezahlt hat, aber grundsätzlich nur Investitionen seit dem 03.10.1990 sind bei der Beitragsberechnung heranzuziehen. Es werden also keine Beiträge doppelt erhoben, sondern es werden nur investiert, die Maßnahmen, die der Wasser- und Abwasserzweckverband seit 1990 gemacht hat. Es handelt sich um einen Betrag von weit über 50 Millionen Euro. Im § 18 des Kommunalen Abgabengesetzes ist festgelegt, dass Anschlussbeiträge nicht für Vorwendeinvestitionen erhoben werden dürfen. Das Oberverwaltungsgericht hat in zwei Entscheidungen und in der letzten von 2007 eindeutig festgelegt, dass Alt- und Neuanschließer im Grunde der Gleichbehandlung unterliegen, weil sie alle zurzeit den dauerhaften Vorteil haben. Eine andere Regelung würde gegen Artikel 3 verstoßen. Es würde entweder eine Bevorteilung der Altanschließer oder eine Benachteiligung der Neuanschließer bedeuten. Es gibt aber die drei Möglichkeiten als Abwasserzweckverband zu entscheiden, ob es über Anschlussbeiträge, ob die gesamte Refinanzierung nur über Gebühren gemacht wird oder eine Mischform gewählt wird. Der WAZV „Der Teltow“ hat sich ab Anfang 1990 entschlossen, die Mischfinanzierung vorzunehmen, zum Teil durch


Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 8	
DS Nr.:	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

Beiträge und zum Teil durch die Gebühren. Es war eine Richtung weisende Entscheidung. Es ist in dem Schreiben des Innenministeriums erwähnt, wie von Herrn Wolf dargelegt, dass es durchaus die Möglichkeit gibt, in Teilbereichen Altanschießer anders zu behandeln, abzustufen. Das trifft aber nur zu auf Bereiche, in denen eindeutig klar ist, dass diese ganze Erschließung nur Altanschießer betrifft und wir ein Gebiet haben, wo nur Neuanschießer diese gesamte Leitung nutzen. Das sind aber Dinge, die für die Stadt Teltow, die Gemeinden Kleinmachnow, Stahnsdorf und Nuthetal nicht zutreffen. Es ist im Rahmen der Erschließung eine derartige Mischung vorhanden, dass eine Trennung der Kosten nicht möglich ist. Wenn jemand so eine Trennung machen würde, müsste diese auch gerichtsfest sein. Der Verbandsvorsitzende als auch die Bürgermeister haben keine andere Möglichkeit, als die Gebühren zu erheben in Auslegung des Kommunalen Abgabegesetzes. Es dürfen nur Investitionen seit dem 03.10.1990 umgelegt werden, was man auch tun wird. Es betrifft in Teltow ca. 900 Grundstücke, wovon zurzeit 550 Anhörungsschreiben verschickt sind und man geht davon aus, dass bis nach der Sommerpause alle Anhörungsschreiben verschickt werden. Gleiches wird auch die Gemeinden Kleinmachnow, Stahnsdorf und Nuthetal betreffen. Im Abwasserzweckverband wird darüber nachgedacht und beraten, wie weit man den Bürgern noch entgegen kommen kann. Möglichkeiten der Stundung, der Ratenzahlung usw. werden geprüft, wofür auch ein Spielraum gegeben ist. Grundsätzlich ist bei der gegenwärtigen Gesetzeslage, nämlich Refinanzierung durch alle, kein Ermessensspielraum gegeben.

Nachfrage von Herrn Wolf:

Dank für die Ausführungen des Herrn Grubert. Es sei aber bekannt, dass das Thema strittig ist, es gibt Kommunen im Umland, wo die Bürgermeister eine andere Strategie verfolgen und sich ohne Weiteres auf die Seite der Bürger gestellt haben und dort Klagen der Kommune gegen die Abwasserzweckverbände unterstützen. Es gibt auch Kommunen im Norden, wo die Klagen erfolgreich waren. Es wurde eine Art Musterklage von ca. 500 Betroffenen (in Greifswald) durchgeführt, die auch erfolgreich war.

Zwischenbemerkung von Herrn Grubert, dass ihm aus dem Land Brandenburg so etwas nicht bekannt ist. Was völlig korrekt ist und da möchte Herr Grubert auch jedem Bürger sagen, dass es einen Bescheid geben wird und jeder Bürger sein Recht wahrnehmen kann, Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und bei Nichterfolg des Widerspruchs eine Klage einzureichen. Die augenblickliche Situation des Landes Brandenburg ist durch das OVG Berlin-Brandenburg, Aktenzeichen 9 B 44.6 vom 12.12.2007 vorgegeben und die Rechtslage sieht auf Grund der Entscheidung eindeutig die Bescheidserteilung vor. Es ist kein Spielraum vorhanden und es würde doch wohl jeder davon ausgehen, dass, wenn der Bürgermeister oder der Verbandsvorsteher einen Spielraum hätten, sie diesen auch nutzen würden. Das letzte Schreiben des Landkreises vom 13.04.2011 fordert dazu auf, die Gesetzeslage bis zum drohenden Fristablauf durchzusetzen und dass die Kommunalaufsicht in

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 9	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Stichproben die Durchsetzung auch kontrollieren wird, weil die Bürgermeister verpflichtet sind, aus Gerechtigkeitsgründen Gebühren, die eine Gemeinde oder ein Vorhabenträger erheben darf, auch durchzusetzen. Das ist die Situation und Gesetzeslage im Land Brandenburg und Berlin und Greifswald liegt nicht im Land Brandenburg. Würde man als Bürgermeister oder als Verbandsvorsitzender dem zuwider handeln, mache man sich gegenüber der Gemeinde oder des Verbandes strafbar. Herr Grubert wird aber anbieten, wenn die Bescheide verschickt werden, dass noch detaillierte außerhalb der normalen Sprechzeit liegende Beratungen möglich sind und die Termine werden auch veröffentlicht. Jeder Bürger kann sich dann persönlich noch mal informieren.

Nachfrage von Herrn Wolf:


Nochmals Dank für die kompetenten Antworten. Es könnte doch aber im Ermessensspielraum stehen, einer Musterklage zuzustimmen, womit man eine objektive dritte Partei einbinden kann, um eine Klärung herbeizuführen. Wenn das Herz so zum Bürger steht und man gerne helfen will, wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, wo man beiden Seiten diplomatisch gerecht werden könnte, man nicht massiv Kosten gegen die Bürger stellen müsste?

Antwort von Herrn Grubert, dass es Bescheide geben wird, gegen die Widerspruch eingelegt werden wird, der dann nach rechtlicher und Einzelfallprüfung abgelehnt werden wird, woraufhin geklagt wird. Dieser Klage würden sich dann viele Bürger anschließen. Der Abwasserzweckverband würde den Bürgern empfehlen, sich der Klage anzuschließen, was dann zu einer Musterklage führen würde und wo dann eine gerichtliche Entscheidung zu erwarten wäre. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Anstrengung einer Klage nicht von der Zahlungspflicht auf Grund des Bescheides entlastet. Es wird nur die Möglichkeit geben, bei einem positiven Ausgang des Musterprozesses, das Geld wieder zurück zu bekommen. Das ist die rechtliche Situation. Was der Zweckverband dann tun würde, wäre, dass dann die Bürger ihr Geld auch zurück bekommen würden.

Nachfrage von Herrn Wolf, ob es richtig verstanden wurde, dass Herr Grubert, also der Abwasserzweckverband einer Musterklage zustimmen würden?

Antwort von Herrn Grubert, dass es übliches Verfahren ist, dass ein Bürger gegen einen Bescheid Widerspruch einlegt und dann klagt und sich dann andere dieser Klage anschließen, so dass es zu einem Musterprozess würde. Es muss jeder Bürger selbst den Widerspruch und gegebenenfalls die Klage einlegen. Bei positivem Ausgang für die Klageführer würde jeder sein Geld zurückbekommen, aber es muss jeder selbst dagegen antreten, dass der Bescheid nicht rechtskräftig wird, durch Widerspruch und wenn gewollt durch Klage. Das Verfahren stellt die Wahrnehmung der Bürgerrechte dar und das würde der WAZV auch unterstützen und Bürgern empfehlen, sich einer Klage anzuschließen.

Bürgermeister, Herr Schmidt, dankt nochmals Herrn Grubert für seine Anwesenheit heute und seine kompetenten Ausführungen. Erstaunt oder

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 10	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

verwundert sei Herr Schmidt aber darüber, dass die Bürger nicht ihre Rechte wahrgenommen haben, sich in den öffentlichen Sitzungen des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ über diese Fragen zu informieren bzw. sich direkt beim Zweckverband informieren zu lassen. Deshalb nochmals die Bitte, auch das Gremium „Verbandsversammlung“ zu nutzen, um Fragen zu stellen oder sich zu informieren. Wie in den Gemeindevertretungen und der SVV gibt es die Einwohnerfragestunden.

3. Mündliche Einwohnerfrage des Herrn Norbert Schmidt aus Teltow:

Herr Schmidt möchte wissen, ob die Satzung über Aufwandsentschädigung für die Freiwillige Feuerwehr Teltow aus dem Jahre 2001 noch Gültigkeit besitzt?

Herr Natusch, Leiter der Feuerwehr Teltow, beantwortet die Frage so, dass die Satzung immer noch Gültigkeit besitzt und in der Zwischenzeit keine Änderung erfolgt ist. Wenn es Änderungswünsche gibt, mögen diese bei der Verwaltung eingereicht werden und würden dann entsprechend bearbeitet.

Bürgermeister, Herr Schmidt, wird die Frage schriftlich beantworten.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gibt, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

TOP 5.: Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung vom 30.03.2011

(Herr Valentin erschienen = 25 anwesende Mitglieder der SVV)


Die Niederschrift des öffentlichen Teiles der 24. SVV vom 30.03.2011 wird in der vorgelegten Fassung mit 22-Ja-Stimmen und 2-Enthaltungen bestätigt.

TOP 6.: Bericht des Bürgermeisters

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Medienvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie bereits in der vorangegangenen Stadtverordnetenversammlung angekündigt, soll am heutigen Tage eine etwas umfangreichere Berichterstattung zum Thema Brandschutz durch den Stadtbrandmeister Herrn Natusch erfolgen. Es soll so der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit gegeben werden, das Handeln und Wirken unserer Kameraden der Feuerwehr noch besser kennen zu lernen und einzuschätzen. Nur soviel von meiner Seite: In den Monaten April und März 2011 wurden insgesamt 76 Einsätze gefahren. 14 Mal handelte es sich um Brandeinsätze, 50 technische Hilfeleistungen waren vorzunehmen und bei den restlichen Einsätzen handelte es sich um Fehlalarmierungen. Weitergehendes zum Brandschutz wie bereits erwähnt nach meinem Bericht durch den Leiter unserer Teltower Feuerwehr.

Einige kurze Informationen aus dem **Fachbereich Schule, Kultur, Sport und**

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 11	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Soziales:

Am 20.05. fand in Kooperation zwischen dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadtverwaltung Teltow eine Informationsveranstaltung zum Thema Bildungs- und Teilhabepaket statt. Teilgenommen haben dabei die Schulleiterinnen bzw. Schulleiter, die Schulsekretärinnen sowie die Schulsozialarbeiter. Alle Beteiligten wurden nochmals dahingehend angesprochen, das Bildungs- und Teilhabepaket entsprechend anzuwenden und Bürgerinnen und Bürger, die dem Grunde nach Anspruch auf die jeweiligen Leistungen haben, mit den entsprechend weiteren Informationen auszustatten.

Auch wurde die Schulverpflegung an den Teltower Grundschulen in kommunaler Trägerschaft neu ausgeschrieben – einen entsprechenden Antrag zur Vergabe der Leistungen wird der kommende Hauptausschuss zu beraten haben. Die Vertretungsreserve in unseren Schulen ist zunächst sehr schleppend angelaufen – lediglich drei Mitteilungen unserer Grundschulen zu möglichen Ersatzlehrern sind erfolgt.

Die Zuwendungsbescheide zur Vereinsförderung 2011 werden, sofern der Haushalt am heutigen Tage verabschiedet wird, unmittelbar in verbindliche Zuwendungsbescheide umgewandelt.

In dieser Woche findet wieder die Brandenburgische Seniorenwoche statt. Dazu finden in unserem Seniorentreff diverse Veranstaltungen statt. Eine besondere Freude ist mir anzukündigen, dass unsere Senioren im Rahmen des 12. Frühlingsfestes der Stadt Teltow mit einem eigenen Marktstand präsent sein werden. Des Weiteren ist geplant, im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit auch im Bereich der kommunalen Seniorenarbeit in einen Erfahrungsaustausch zu treten. Entsprechende Kontakte werden noch im Mai aufgenommen.

Ab Mitte Juni dieses Jahres beginnen im Bürgerhaus die zwingend notwendigen Baumaßnahmen zur Installation eines Fluchtweges bzw. eines entsprechenden zweiten Rettungsweges. Nach dieser kurzen Zwangspause sind dann wieder Neuanmeldungen für die Kurse der Jugendkunstschule möglich.

Am vergangenen Wochenende fand zum wiederholten Mal das Jedermann-Radrennen Skoda-Velothon statt, das auch durch unsere Stadt führte. Eine wenig erfolgreiche Kommunikation des Streckenverlaufes im Vorfeld der Veranstaltung sorgte bei Anwohnern in Teltow an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet für Unmut! Leider versäumte der Veranstalter, die Presse rechtzeitig zu informieren.

Der neue Standort des "MGH/FZ "Philantow" in der Mahlower Str. 139 wird sehr gut angenommen. Unsere "Stammgäste" sind uns treu geblieben. Des Weiteren schauen täglich viele neue neugierige Besucher, unter Ihnen auch ein hoher Anteil an Senioren, vorbei, um zu sehen, was aus dem alt vertrauten "Café Wien" geworden ist. Wir bekommen sehr positives Feedback.

Besonders am Nachmittag ist ein starker Zuwachs an Gästen im Café zu

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 12	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

verzeichnen. Vorrangig Eltern und Großeltern nutzen das neue Außengelände, den Spielplatz und die geschützte Umgebung, um bei Kaffee und Kuchen Zeit mit ihren Kindern bzw. Enkeln zu verbringen.

Wie sich perspektivisch der Publikumszulauf entwickelt, wird die Zeit zeigen. Wir hoffen jedoch, dass der "Wohlfühlfaktor" und die generationenübergreifende Angebotsvielfalt auch weiterhin viele Menschen anspricht.

Einige Informationen aus dem Fachbereich Bau:


Der **Bauhof Kleinmachnow beräumte** bis zum 08.04. insgesamt 27.263 Meter Radwege, 43 Bushaltestellen und 31 Fußgängerquerungen an Ampeln und Kreisverkehren vom Winterstreugut.

Die **Bauarbeiten in der Liliencronstraße** sind fertig gestellt. In der **Kantstraße** hat im 1. Teilabschnitt der Straßenbau begonnen – im 2. und 3. Teilabschnitt wird derzeit der Regenwasserkanal verlegt. Gleiches gilt für die **Bruno-H.-Bürger-Straße**. Das Straßenbauvorhaben **in der Neuen Wohnstadt** ist mittlerweile durch den Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden. Als 1. Bauabschnitt ist hier die **Otto-Lilienthal-Straße** definiert. Wir bemühen uns hier zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt mit den Bauarbeiten zu beginnen. In der **Heinrich-Schütz-Straße** werden zurzeit durch den Wasser- und Abwasserzweckverband neue Trinkwasserleitungen verlegt. Im **Bereich Teltow-Seehof** sind um die **Heinrich-Zille-Straße** herum die Begrünungen der Bankette erfolgt. In diesem Zuge wurden auch noch festgestellte Mängel beseitigt.

Die **Entwurfsplanung im Feld-, Wald- und Wiesenviertel** für den dortigen Straßenausbau sind im Bauausschuss beraten und soweit auch genehmigt worden. Auf Grundlage der Ausbauempfehlungen des Bauausschusses erfolgt die Vorstellung der Baumaßnahmen für den 1. Bauabschnitt in einer Bürgerversammlung. Diese Versammlung wurde außerordentlich gut besucht – bis zum 19. Mai konnten nunmehr die Bürger auch ihre Vorstellungswünsche äußern. Derzeit wird geprüft, ob diese technisch umsetzbar sind und in die weitere Planung aufgenommen werden können.

Auf der neuen **Sporthalle der Ernst-von-Stubenrauch-Grundschule** ist die **Photovoltaikanlage** mittlerweile fertig gestellt. Ab 22. Kalenderwoche soll die Anlage in Betrieb gehen. Im **Vereinsheim Ruhlsdorf** laufen zurzeit die Trockenbaumaßnahmen, die Installation der Haustechnik und die Anschlüsse der Medien. Auch die **Arbeiten an der Sporthalle in der Jahnstraße laufen** planmäßig, ab 21. Kalenderwoche ist hier der Mauerwerksbau geplant.

Die **Fassadensanierung im Bereich unserer städtischen Feuerwehr** ist ebenfalls abgeschlossen. Der **Spielplatz an der Schönower Straße** soll am 01.06. seiner Bestimmung übergeben werden – eine entsprechende Einladung liegt Ihnen heute vor. Nicht schuldig bleiben möchte ich selbstverständlich der Tatsache, dass im Bereich Bauanträge der **Bauboom nach wie vor anhält**: Bis Mitte Mai wurden bereits 237 Bauanträge gestellt! Im Vergleich dazu waren es im gesamten Jahr 2010 287 Bauanträge. Auch die Zahl der sich in Bearbeitung befindlichen Bauleitplanverfahren ist beachtlich: **Derzeit laufen 7**

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 13	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Planänderungsverfahren zum Flächennutzungsplan sowie 9
 Bebauungsplanverfahren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,


der Presse konnten Sie bereits vor einiger Zeit entnehmen, dass die vermögensrechtlichen Verfahren in Teltow Seehof in eine neue Runde gehen! Das Bundesverwaltungsgericht hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Potsdam vom 13.11.2008, Wald- und Grünflächen in Seehof betreffend, aufgehoben.

Das Verwaltungsgericht Potsdam hat jetzt relativ zeitnah einen Verhandlungstermin Ende Juni anberaumt. Ich werde Sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt über den Verfahrensstand informieren.

Abschließend noch folgende Informationen zu aktuellen Themen:

1. Wie bereits den Medien zu entnehmen war, wird die **Akademie 2. Lebenshälfte** im Jahr 2012 die bisher genutzten Räumlichkeiten an der Oderstraße nicht mehr nutzen können. Zur allgemeinen Klarstellung muss hier nochmals deutlich betont werden, dass die Akademie bereits vor geraumer Zeit angekündigt hat, sich auf die **Suche nach neuen Räumlichkeiten** zu machen, da man insbesondere Wert legt auf die behinderten und altersgerechte Zugänglichkeit zum Objekt! Dies war in den bisher genutzten Räumen nicht umsetzbar. Von einer überraschenden und unvorhergesehenen Kündigung kann jedoch in keinem Fall gesprochen werden und ich halte es darüber hinaus für wenig hilfreich, wenn sich in meinen Augen unverzichtbare Träger gegenseitig das Leben erschweren! Mein Bemühen ist darauf ausgerichtet, auch der Akademie bei ihrer seit einiger Zeit anstehenden Suche nach neuen Nutzungsräumen behilflich zu sein. Die bisherige und sicherlich auch fortwährende Förderung der Stadt Teltow gegenüber der Akademie sollte an dieser Stelle ebenfalls unstrittig sein.
2. Die aktuelle Diskussion zum Thema Flugrouten am BBI haben Sie ebenfalls den Medien entnehmen können. Aktuell sind wir in Erwartung entsprechender Prüfergebnisse durch die Deutsche Flugsicherung, die jedoch ganz offensichtlich mit der allgemeinen Forderung der umliegenden Kommunen „Außen herum statt Oben drüber“ so ihre Schwierigkeiten hat!

Die Forderungen der bevölkerungsreichsten Region sollte sowohl bei der Deutschen Flugsicherung als auch bei dem zuständigen Bundesaufsichtsamt für Flugsicherheit dazu führen, dass man sich intensiv mit dem Thema Vermeidung von Lärmschutz auseinandersetzt und geeignete Mittel konstruktiv prüft. Zum heutigen Zeitpunkt gehe ich davon aus, dass im Rahmen der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission entscheidende Schritte dokumentiert werden, nicht zuletzt auch um die planmäßige Eröffnung des BBI nicht zu gefährden.

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 14	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich für den Augenblick für die von Ihnen gezeigte Aufmerksamkeit. Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Nachfragen zum Bericht des Bürgermeisters:


Frau Weber, CDU, hat eine Nachfrage zum Statement in Bezug auf die Heinrich-Zille-Straße und die Bepflanzung der Bankette. Es ist zwar jemand mit einem kleinen Wagen herumgefahren, der Samen verteilt hat. Der Samen bestand aber aus Unkräutern, die jetzt so hoch wachsen, so dass der Anschlussgarten gleich mit bewuchert und wöchentlich gesäubert werden muss. Es sieht hässlich aus und Frau Weber denkt sich, dass da wohl Rasen hinkommen soll oder, wie Mitbewohner der Heinrich-Zille-Straße gesagt haben, dass man einen Antrag stellen könnte, um dort Schmucksteine auf die Bankette zu bekommen. Fragen sind also, warum man nicht Rasen aufgebracht hat oder ob man dort Schmucksteine hinbekommen könnte?

Herr Meister, Äußere Verwaltung und Bauleiter der Maßnahme erklärt dazu, dass im April 2011 die Restarbeiten von der bauausführenden Firma durchgeführt wurden mit der Maßgabe, die Bankette zu begrünen. Diese Maßnahme ist nach Ansicht Herrn Meisters gründlich „in die Hose gegangen“. Die Firma wurde angeschrieben, diesen Missstand zu beheben. Zurzeit befindet man sich noch in Verhandlungen, wann diese Arbeiten ausgeführt werden. Sie waren mangelhaft ausgeführt worden und werden so von der Stadt nicht abgenommen. Es wird noch einen Ortstermin geben und die Verwaltung versichert, dass ein ordentlicher Zustand durch Rasenanlegung hergestellt wird. Die Pflege wird dann innerhalb der Garantiezeit von der ausführenden Firma durchgeführt und danach wird die Stadt für die Pflege zuständig. Die Frage nach Schmucksteinen oder Kieseln. Die Stadt hat so etwas gestattet in solchen Bereichen, wo sehr schmale Flächen (20 cm bis 30 cm) vorhanden sind und die Pflege, das Mähen, sehr schwierig würde.

Nachfrage zum Bericht des Bürgermeisters von Herrn Frank, DIE LINKE/BündnisGrüne:

Nur als kurzen Hinweis an Frau Weber, dass es kein Unkraut gibt, sondern es sich um Wildkräuter handelt. Vielleicht ist es in der Heinrich-Zille-Straße eine Maßnahme im Rahmen des Wettbewerbs „Entente Forale“, dass die Wildkräuter angepflanzt werden, damit man später Kräuterbonbons daraus machen kann. Herr Frank hat eine Frage, die sich nicht aus dem Bericht des Bürgermeisters ergibt, die aber im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Soziales am 04.04.2011 bestand. In der Ausschuss-Sitzung war Herr Thomas Lettow anwesend, der zur Ausschreibung der Stelle für einen Streetworker informierte. Ab 01. Mai 2011 sollte es in der Stadt einen Streetworker geben. Deshalb die Frage, ob der Streetworker schon tätig ist oder gibt es immer noch keinen?

Antwort des Bürgermeisters, Herrn Schmidt ist, dass es leider keine erfreuliche Entwicklung in der Frage Streetworker gibt. Für die nächste Woche ist

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 15	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

ein Termin mit Herrn Lettow vereinbart, weil aus der Ausschreibung kein Ergebnis hervorgegangen ist. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Soziales wird es nähere Informationen geben.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Bericht des Bürgermeisters.

TOP 6.1.: Jahresbericht 2010 der Feuerwehr Teltow

Der Jahresbericht 2010 der Feuerwehr Teltow wird mündlich von Herrn Natusch, Stadtbrandmeister der Feuerwehren Teltow, vorgetragen und wird dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

**TOP 7.: Persönliche Erklärung des Stadtverordneten,
Herrn Dr. Wolfgang Köhn, DIE LINKE/BündnisGrüne**

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie in der Tagespresse angekündigt, möchte ich zum Thema "Altanschließer" die nun folgende persönliche Erklärung abgeben:

Mittlerweile sind an Bürger in Teltow Bescheide ergangen, in denen sie aufgefordert werden, ein zweites Mal Beiträge zur Abwasserentsorgung zu zahlen, obwohl die meisten diese bereits vor 1990, sogar schon vor 1945 bezahlt hatten. Es betrifft also nicht nur die zu DDR-Zeiten angeschlossenen Bürger, sondern auch diejenigen, die noch im 3. Reich, zwangsweise angeschlossen wurden.

Stellen Sie sich einmal vor, einer von den Betroffenen hätte sich verweigert – was wäre wohl mit dem geschehen? Tatsache ist, es haben fast alle ihre Beiträge zum Anschluss, zur Errichtung des Kanalnetzes, zur Errichtung des Klärwerkes Stahnsdorf und zur laufenden Modernisierung gezahlt und zwar an die Stadt Teltow, die bei der Eintreibung der Beiträge damals nicht gerade zimperlich vorging.

Der erst nach der Wende neu gegründete Abwasserzweckverband „DER TELTOW“ fand z.B. in Seehof ein völlig intaktes Kanalsystem vor, das die Abwässer Seehofs und vieler anderer Angeschlossener in das intakte Klärwerk Stahnsdorf pumpte.

Der Vorsitzende unterbricht Herrn Dr. Köhn, da ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wigand, Freies Mandat, angezeigt wird.

Herr Wigand, Freies Mandat, beantragt, zur Tagesordnung zurückzukehren, da es sich inhaltlich bei der Erklärung des Herrn Dr. Köhn nicht um eine persönliche Erklärung handelt. Persönliche Erklärungen sind zulässig zu Punkten, wo nicht zur Tagesordnung gesprochen wird als Stadtverordneter. Dieses sei hier nicht der Fall. Es ginge z.B. unter dem Punkt „Sonstiges und Informationen“

Erwiderung von Herrn Dr. Köhn, dass er in der Angelegenheit auch persönlich betroffen ist und dies für eine persönliche Erklärung geeignet ist.

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 16	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne:

Es ist so, dass die Angelegenheit, zu der Herr Dr. Köhn spricht, nicht Bestandteil der Tagesordnung ist und insofern wird nicht verstanden, warum Herr Dr. Köhn die persönliche Erklärung nicht abgeben sollte. Jeder Stadtverordnete muss das Recht haben, im Zweifelsfall solch eine Erklärung abzugeben und Herr Adenstedt bittet darum, dass man so viel Toleranz hat, dass auch Herr Dr. Köhn das darf.

Frau Gebauer, Freies Mandat, ist der Meinung, dass, wenn der GO-Antrag angenommen würde, die Erklärung des Herrn Dr. Köhn auf jeden Fall in den Punkt „Sonstiges und Informationen“ eingefügt werden muss. Frau Gebauer würde zu der Angelegenheit dann auch noch etwas sagen wollen unter Sonstiges.

Der Vorsitzende, Herr Längrich, würde nicht einsehen, warum die Erklärung jetzt unterbrochen werden soll, um sie dann unter „Sonstiges“ wieder aufzunehmen. Frau Gebauer könnte unter Sonstiges ihre Bemerkungen machen, aber zu einer persönlichen Erklärung wird keine Diskussion geführt.

Der Vorsitzende lässt nun den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wigand abstimmen.

Es stimmen 3 Stadtverordnete für den Geschäftsordnungsantrag und die Mehrheit ist gegen den Geschäftsordnungsantrag.


Der Vorsitzende erteilt Herrn Dr. Köhn das Wort zur Weiterführung seiner persönlichen Erklärung.

Fortführung der persönlichen Erklärung durch Herrn Dr. Köhn:

„Nun will man uns weiß machen, dass jemand, der seine Beiträge z.B. am 02.10.1990 bezahlte sowie all diejenigen, die z.B. schon 1935-45, also vor dem Stichtag 03.10.1990, diese ein zweites Mal in voller Höhe entrichteten sollen, damit also doppelt zur Kasse gebeten werden. Es soll also de facto bei den „Frühanschließern“ ein 2. Mal abkassiert werden, auch wenn man uns das als „nachwendliche Modernisierung“ verkaufen möchte, die erst mit dem Stichtag 03.10.1990 gelten soll.

Das Kommunale Abgaben-Gesetz (KAG), schreibt vor, dass jeder einmal Beiträge zu bezahlen hat, keiner darf sich „drücken“.

Wir Teltower Frühanschließer, insbesondere, die die in Seehof wohnen, lassen uns so nicht über den Tisch ziehen. Das KAG (Kommunale Abgaben Gesetz) ermöglicht es aber auch, **und dies unterbreite ich als Kompromissvorschlag**, sich des „Optionsmodells der differenzierenden Beitragserhebung“ zu bedienen. Der Satzungsgeber hat nach § 8 Abs. 4a KAG festgelegt, dass bereits geleistete Zahlungen mit den neuen Forderungen verrechnet werden können. Er muss es allerdings wollen und hier appelliere ich an Sie, Herr Schmidt, dieses zu wollen und sich aktiv dafür einzusetzen, weil dieses für alle Beteiligten eine geeignete Lösung ist.

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 17	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

DS-047/2011 neu	<p>Also, wir sollen uns in diesem Zusammenhang, wir Betroffenen, nicht als „Kollateralgeschädigte“ fühlen. Das können wir aber nur, wenn wir hier einen Kompromiss machen und meine Bitte eben an Herrn Schmidt. Ich habe jetzt doch die Hoffnung, dass wir da doch zu einer Änderung kommen, weil die bisherige Situation für alle eigentlich untragbar ist und diese Beiträge so hoch sind, dass sich es viele gar nicht mehr leisten können. Meine Hoffnung also, finden wir jetzt gemeinsam kurzfristig eine Lösung, denn dieser jetzige Zustand ist untragbar. Vielen Dank fürs Zuhören.“</p> <p>TOP 8.: Anträge des Bürgermeisters:</p> <p>TOP 8.1.: Prüfung einer gemeinsamen Organisationsform des Bauhofes der Gemeinde Kleinmachnow für die Kommunen Kleinmachnow und Teltow</p> <p>Von Seiten der Verwaltung wird auf eine nochmalige Begründung des Antrages verzichtet, da die ausführlichen Diskussionen in den Ausschüssen geführt wurden.</p> <p>Die SVV beschließt:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>„Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Wahrnehmung der Aufgaben des Bauhofes in einer gemeinsamen Organisationsform mit dem Bauhof Kleinmachnow eine wirtschaftliche Alternative zu der jetzigen Zusammenarbeit auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages wäre. Die Prüfung soll neben den rechtlichen und finanziellen Aspekten auch eine entsprechende Standortuntersuchung enthalten.“</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Der Beschluss wird mit 20 - Ja-Stimmen 1 - Nein-Stimme 0 - Enthaltungen gefasst.</p> <p style="text-align: right;">Beschluss-Nr.: 01/25/2011</p>
DS-042/2011	<p>TOP 8.2.: Beauftragung des Integrierten Verkehrskonzeptes für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf (TKS)</p> <p>Herr Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne, bittet in das Protokoll aufzunehmen, wie es auch schon im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr diskutiert wurde, nämlich dass bei der Auftragsvergabe ein besonderes Augenmerk auf den Lärmschutz gelegt wird. Die Gemeinde Kleinmachnow habe sich auch dahingehend geäußert und es wird für wichtig gehalten. Die Fraktion DIE LINKE/BündnisGrüne wird dem Antrag zustimmen und der zusätzlich gegebene Hinweis wird in dem Zusammenhang nicht als schädlich eingeschätzt.</p> <p>Frau Rietz, 1. Beigeordnete, weist darauf hin, dass ein Angebot vorliegt, in dem die Leistungen aufgezählt werden und diese Leistungen würde man mit dem</p>

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 18	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Beschluss jetzt annehmen. Der Leistungsumfang kann nicht geändert werden.

Der Vorsitzende merkt an, dass so etwas im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Energie hätte als Empfehlung gegeben werden können.

Herr Adenstedt bittet Frau Rietz und die Verwaltung es so zu berücksichtigen, wie es verwaltungstechnisch machbar wäre.

Frau Rietz, 1. Beigeordnete, wird den Hinweis so weiterleiten, da ja nicht die Stadt den Auftrag vergibt, sondern er nach Zustimmung aller drei Vertretungen durch die KAT vergeben wird bzw. eigentlich vorbehaltlich der Zustimmung aller drei Vertretungen durch die KAT schon beschlossen wurde.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

„Die Stadt Teltow bestätigt den Beschluss der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ zur Beauftragung des „Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf (TKS) entsprechend des Angebotes der IVV GmbH vom Januar 2011 (17 Seiten).“

Das Monitoring / die Koordination und Moderation erfolgt gemeinsam durch den KAT-Vorsitzenden und seine Stellvertreter sowie je einem Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedskommunen.“

Abstimmungsergebnis:


Der Beschluss wird mit
 23 - Ja-Stimmen
 0 - Nein-Stimmen
 0- Enthaltungen gefasst.

Beschluss-Nr.: 02/25/2011

**DS-
051/2011**

TOP 8.3.: Verlegung von STOLPERSTEINEN im öffentlichen Straßenraum der Stadt Teltow zum Gedenken an die Schicksale ehemaliger verfolgter Teltower Einwohner in der Zeit des NS-Regimes 1933 – 1945

Bürgermeister, Herr Schmidt, ist der Meinung, dass das Thema unstrittig ist, Herr Schmidt aber die Gelegenheit nutzen möchte, den Hinweis zu geben, dass Frau Dr. Bergner anwesend ist. Sie hat durch ihre wissenschaftlichen Recherchen dazu beigetragen, dass das Thema „Stolpersteine“ so versachlicht werden konnte und hat des Weiteren die Ausstellung „Sie waren einmal unsere Nachbarn“ wissenschaftlich begleitet. Frau Dr. Bergner hat darauf hingewiesen, dass dieses Werk nun auch in gebundener Form vorliegt und käuflich erworben werden kann. Die Bestellungen können bei Frau Dr. Bergner aufgegeben werden. Herr Schmidt

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 19	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

persönlich halte es nicht nur für wissenschaftlich fantastisch, sondern auch für eine geschichtliche, wenn man so wolle, „Zwangslektüre“, um zu wissen, was unmittelbar in unserer Stadt passierte, was auch wissenschaftlich unterlegt ist. Bürgermeister, Herr Schmidt dankt Frau Dr. Bergner und ihrem Team nochmals ganz herzlich, wie auch Dank Herrn Bornschein gilt, der von Seiten der Stadtverordneten dieses Vorhaben unterstützt hat.

Herr Frank, DIE LINKE/BündnisGrüne, möchte in dem Zusammenhang sagen, dass es bereits zur Ausstellungseröffnung bzw. zur Ausstellung die Möglichkeit gab, den Katalog zu bestellen. Herr Frank schlägt vor, dass die Schulen der Stadt diesen Katalog für ihre Arbeit nutzen sollten. Wäre der Kauf der Kataloge durch die Schulen aus finanziellen Gründen nicht möglich, möge die Stadt überlegen, ihn den Schulen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Es wäre eine wichtige Aufgabe für die Schulen. Die Fraktion DIE LINKE/BündnisGrüne dankt ganz besonders Herrn Bornschein, der am 27. Januar 2008 die Idee geboren hat. Herr Frank erinnere daran, dass diese Zeit damals geprägt war u. a. davon, dass Rechte wieder Zeichen gesetzt hatten und die Initiative für die Stolpersteine, die mit dem 15. April 2008 den Startschuss bekommen hatte, hier ein wichtiges Zeichen gesetzt hat. Herr Frank halte es aber für wichtig, dass auch die Stadtverordnetenversammlung immer wieder Zeichen setzt, weil die Nazis nach wie vor nicht still halten in der Stadt, sie immer noch zu sehen sind in der Stadt, auch wenn einige sie nicht wahrnehmen. Die Stolpersteine müssen zu einem weiteren Nachdenken führen über die Opfer aber auch über den Völkermord, der im letzten Jahrhundert stattfand.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen angezeigt.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

„Die Verlegung von STOLPERSTEINEN im öffentlichen Straßenraum der Stadt für die in der NS-Zeit 1933 – 1945 verfolgten damaligen Einwohner Teltows, die ihr Leben verloren haben oder sich durch Flucht ins Ausland retten konnten, wird genehmigt.

Auf diese Weise soll das Gedenken an die Schicksale der verfolgten Mitbürger wach gehalten und weiter gegeben werden.

Grundlage für die Verlegung der STOLPERSTEINE sind die durch wissenschaftliche Recherchen gesicherten Ergebnisse der Arbeitsgruppe „STOLPERSTEINE“ Teltow unter der Leitung von Frau Dr. phil. Gabriele Bergner.

Als Kriterien für die Verlegung eines STOLPERSTEINES gelten die in der Anlage dargestellten Schritte zur Verlegung von STOLPERSTEINEN.“

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit
25 - Ja-Stimmen

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 20	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

DS-071/2011	0- Nein-Stimmen 0- Enthaltungen gefasst.	Beschluss-Nr.: SVV-03/25/2011
	<p>TOP 8.4.: Antrag auf weitere Fortführung der Übertragung von Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG) auf unbestimmte Zeit</p> <p>Frau Dr. Fanter, FV BIT, befürwortet einerseits den Antrag, es gibt aber auf der anderen Seite Diskussionsbedarf, der größer ist, als er hier in der SVV durchgeführt werden sollte. Der Antrag sollte deshalb in den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr verwiesen werden, es sei denn, es hängt eine Frist dran, die eine Verweisung unmöglich macht.</p> <p>Herr Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne, erklärt, dass sich die Fraktion entschlossen hat, dem Antrag zuzustimmen, allerdings gibt es den Hinweis, dass eine stärkere Beachtung der Hinweise, Anregungen und Sorgen der Bürger eingefordert wird. Gegebenenfalls auch Diskussionen mit den Bürgern zu führen, wenn es um strittige Dinge geht.</p> <p>Frau Rietz, 1. Beigeordnete, legt dar, dass man sich in Zeitnot befindet, weil das Standarderprobungsgesetz in seiner jetzigen Form am 31. August 2011 endet. Es ist gerade im Land der neue Gesetzesentwurf zur weiteren Flexibilisierung von landesrechtlichen Standards in den Kommunen in Arbeit. Die Stadt geht davon aus, dass die nächste Landtagssitzung am 22. bzw. 23. Juni 2011 dieses Gesetz hoffentlich verabschiedet wird. Es müsste dann noch ausgefertigt und verkündet werden. Es darf keine Lücke entstehen zwischen dem 31.08.2011. Das wäre dann gleitender Übergang und insofern kann der Antrag leider nicht verschoben werden. Zu Herrn Adenstedt Zustimmung, dass die Diskussion schon im Hauptausschuss war, die Anregung zur Kenntnis genommen wird, aber diese Verfahrensweise wird bereits jetzt schon praktiziert.</p> <p>Herr Lehmann, BIT, stellt fest, dass man ganz schön oft bei Anträgen in Zeitnot ist bzw. sie mit Zeitnot begründet werden. Die Fraktion der BIT stört nur, dass die Stadt momentan noch ein Minus erwirtschaftet von ca. 20 T€ mit der Verkehrsbehörde. Es ist deshalb nicht klar, was es der Stadt wirklich bringt, die Aufgabe als Verkehrsbehörde in eigener Hand zu behalten. Bringt es weiterhin ein Minus in den kommenden Jahren oder wird es irgendwann ein Plus geben?</p> <p>Herr Berezcki, CDU, denkt, dass man der Sache zustimmen sollte. Was man vor Ort erledigen kann, sollte man vor Ort erledigen. Da geht es nicht nur um die Kostenfrage, sondern um die Frage der gewissen Effizienz und Bürgernähe. Dies wird als in der Stadt als gewährleistet eingeschätzt, zumindest, wenn die Mitarbeiter wieder alle genesen sind. Im Hauptausschuss war ja begründet worden, warum es in der letzten Zeit nicht so gelaufen ist, wie man es sich auch von Seiten der Verwaltung vorstellt. Man sollte mit Ja stimmen und die Fraktion der CDU wird es so tun.</p>	

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 21	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Bürgermeister, Herr Schmidt, möchte etwas zur Frage „Zeitnot“ sagen. Es gibt natürlich durchaus von der Behörde des Öfteren Situationen, wo eine Zeitnot existiert, aber nicht, um irgendeine Diskussion abzuwürgen, sondern wirklich, um zügig zu Entscheidungen zu kommen. Hier ist allerdings eine Situation, die im Vorfeld, im Standarderprobungsgesetz zeitlich definiert war. Alle beteiligten Kommunen sind der Hoffnung gewesen, dass es vor Ablauf der Zeit zu einer Entscheidung kommt. Man hat bis zum letzten Zeitpunkt gewartet und letztlich ist jetzt klar gelegt worden, dass man einen Fortsetzungsantrag stellen muss, da ansonsten mit dem Auslaufen des Modellvorhabens auch die Maßnahme vor Ort beendet wäre. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass diese Dienstleistung der Stadt auch die Kostensituation wert sein sollte. Man hat lange genug erlebt, wie es anders funktionierte und es hat sich jetzt gut eingespielt und bringe unmittelbar vor Ort einen Gewinn für den Bürger.

Frau Hochmuth, FV SPD, erklärt, dass die Fraktion der SPD dem Antrag zustimmen wird. Die Fraktion sieht in erster Linie, dass hier nicht über Inhalte bestimmt wird, sondern dass die Stadt selbst darüber entscheiden kann, was es der Fraktion schon wert ist. Die Darlegungen der BIT-Fraktion wären eher für den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss relevant als für den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr, wenn überhaupt. Die Fraktion der SPD würde einer Verweisung aber nicht zustimmen und plädiert für die heutige Abstimmung.

Es wird kein weiterer Redebedarf angezeigt.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

„Dem Antrag auf weitere Fortführung der Übertragung von Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung gem. § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG) auf unbestimmte Zeit wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit
 21 - Ja-Stimmen
 0- Nein-Stimmen
 4- Enthaltungen gefasst.

Beschluss-Nr.: SVV-04/25/2011

**DS-
052/2011**

TOP 8.5.: Feststellung der Ortsüblichkeit der Bienenhaltung

Herr Wigand, Freies Mandat, wird dem Antrag zustimmen, obwohl er rechtlich wohl nicht von allzu großer Bedeutung sein wird, aber als Bekundung dieses Gremiums hinsichtlich der Erforderlichkeit der Bienenhaltung sei es so.

Frau Gebauer, Freies Mandat, möchte unterstreichen, dass sie die Notwendigkeit der Bienenhaltung für das Öko-System keineswegs in Frage stellt. Trotzdem einige Bemerkungen in der Form, dass mit dem Beschluss dokumentiert werden soll, dass es sich um ein öffentlich-rechtliches Interesse

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 22	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

handelt. Billigend würde in Kauf genommen, dass durch die ortsübliche Nutzung des Grundstückes auch Gefahren für Leib und Leben ausgehen können. Die betroffenen Bürger würden nicht geschützt, sondern in der Argumentation auf privatrechtliche Auseinandersetzungen gemäß § 906 BGB und folgenden verwiesen. Die Durchsetzung von Ansprüchen durch die eventuell Geschädigten wird durch die Festschreibung der Ortsüblichkeit möglicherweise erschwert. Es wird der Schutz der Bienen über den Schutz des Bürgers gestellt, was nicht im öffentlich-rechtlichen Interesse sein kann. Es sollten andere Wege gefunden werden, um die Bienenhaltung zu unterstützen als eine öffentliche Erklärung ohne Rechtsverbindlichkeit.

Hinweis des Bürgermeisters, Herrn Schmidt, dass die Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf gleichlautenden Beschluss gefasst haben. Damit kann man feststellen, dass man von einem regionalen Ansatz bei der Ortsüblichkeit der Bienenhaltung ausgehen kann. Nichtsdestotrotz kann natürlich jeder seine Meinung haben.

Herr Derlig, FDP, fragt sich, wenn die Stadt aufblühen soll, wie das dann ohne Bienen gehen soll? Ist denn den Leuten eigentlich klar, was die Bienen für eine volkswirtschaftliche und für den Menschen selbst für eine Bedeutung haben? Wer blühen will, benötigt Bienen. Das ist so.

Es wird kein weiterer Redebedarf angezeigt.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

„Zur Sicherung der Blütenbestäubung der Kultur- und Nutzpflanzen sowie für die Erhaltung der Artenvielfalt im ökologischen System der Natur stellt die Stadt Teltow für die auf ihrer Gemarkung tätigen Imker die Zulässigkeit und Ortsüblichkeit der Bienenhaltung fest.

Die Imker sind verpflichtet, alle gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die die Rechtsverhältnisse der Bienenhaltung regeln, gewissenhaft zu befolgen.“

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit
 25 - Ja-Stimmen
 1- Nein-Stimme
 0- Enthaltungen gefasst.

Beschluss-Nr.: SVV-05/25/2011

**DS-
061/2011**

TOP 8.6.: Dritte Änderung der Verwaltungsgebührensatzung


Es gibt keine Diskussion.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 23	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

DS-043/2011	<p>„Die Satzung zur 3. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Teltow wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Der Beschluss wird mit 26 - Ja-Stimmen 0- Nein-Stimmen 0- Enthaltungen gefasst.</p> <p style="text-align: right;">Beschluss-Nr.: SVV-06/25/2011</p> <p>TOP 8.7.: Haushaltssatzung 2011</p> <p>Bürgermeister, Herr Schmidt, denkt, dass insbesondere für die Öffentlichkeit noch ein paar Erläuterungen gegeben werden sollen, obwohl es in allen Ausschüssen und in den meisten Fraktionen die ausführliche Diskussion gab. Der Kämmerer wird die Erläuterungen geben.</p> <p>Kämmerer, Herr Kasten, erläutert, dass es ja der erste doppische Haushalt ist, der vorgelegt wurde, weil der Gesetzgeber vorgeschrieben hat, dass das Haushaltsrecht zu ändern ist. Bisher wurde kämmerral gebucht, wo nur Ein- und Auszahlungen eine Rolle spielten. Wie der Ressourcenverbrauch war, war nicht gefragt. Das sollte geändert werden und die Stadt fängt in diesem Jahr damit an. Man ist ein bisschen später als in den Vorjahren, aber immer noch im Plan dran. Der Gesetzgeber hat für das erste Jahr bis zum Sommer Zeit gelassen. Die Verwaltung hatte Anfang des Jahres den Schwerpunkt auf die Buchungsvorgänge gelegt, die komplett umgestellt werden mussten, um den Zahlungsverkehr zu gewährleisten. Erst im März konnte der Haushalt dann mit seinem Umfang von 500 Seiten fertig gestellt werden. Der Bürgermeister konnte ihn im April unterschreiben und dann ging der Haushalt in die Gremienberatungen. Die Beratungen konnten in einer Beratungsfolge abgeschlossen werden, so dass heute der Haushalt zur Entscheidung durch die SVV ansteht. Ein Grund für nur eine benötigte Beratungsfolge sieht Herr Kasten auch darin, dass ihm die Möglichkeit eingeräumt wurde, in den Fraktionen selbst den Haushalt zu erläutern, wofür Herr Kasten nochmals herzlichst den Fraktionen SPD, BIT und FDP dankt.</p> <p>Zu den Eckpunkten des Haushaltes, worüber wird hier eigentlich geredet bei dem Haushalt:</p> <p><u>Zum Ergebnishaushalt:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Haushalt 2011 hat ein Volumen im Ergebnishaushalt von ordentlichen Erträgen von 29,9 Mio. €. • ordentliche Aufwendungen von 29,03 Mio. € • außerordentliche festgesetzte Erträge von 200 T€ • außerordentliche Aufwendungen von 200 T€ <p><u>Zum Finanzhaushalt:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Einzahlungen 32,4 Mio. € • Auszahlungen 31,8 Mio.€, davon Auszahlungen für Investitionstätigkeiten
--------------------	---

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 24	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

von 4,6 Mio. €

- Festsetzung von Krediten ist nicht erforderlich.

Zu den Steuerfestsetzungen:

- Grundsteuer A: 200 %
- Grundsteuer B: 400 %
- Gewerbesteuer: 320 % (seit 15 Jahren gleicher Stand)

Zu den Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen in den Folgejahren:

Höhe von 3,1 Mio. € als eine relativ große Summe.

Es ist keine Notwendigkeit für Kreditaufnahmen gegeben. Ebenso ist eine Entnahme aus der Rücklage, wie in Vorjahren oftmals geschehen, nicht notwendig. Mit dem Haushalt 2011 ist die Möglichkeit gegeben, 600 T€ in die Rücklage zur geben. Wie schon angesprochen, sind aber Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre festgelegt, womit die Rücklage auch verplant ist.

Es sind keine Möglichkeiten mehr vorhanden, neue Großprojekte zu platzieren. Jetziger Stand der Rücklage liegt bei 2,7 Mio. €, der sich mit der Jahresabrechnung 2010 noch ein wenig erhöhen kann, was aber nicht sehr erheblich sein wird.

Schwerpunkte des Haushaltes 2011:

- Der Siedlungsstraßenausbau, wo ca. immer 3 Mio. € Investitionen umgesetzt werden.
- Projekte an den Schulen, wie z.B. 500 T€ für die Grundschule des ev. Diakonissenhauses Seehof, Sanierung des Vorplatzes an der Grundschule I, ein Nebengebäude für die Turnhalle an der Mühlendorf-Schule,
- 100 T€ Zuschuss an den Regionalen Sportverein für sein Vereinsgebäude in Ruhlsdorf (durch Beschluss festgelegt)
- Neubau einer Garage und Werkstatt für die Freiwillige Feuerwehr Ruhlsdorf
- Mittel für die Planung eines Umkleidegebäudes für die Vereine, die auf dem Sportplatz der Grundschule II trainieren, um nächsten Jahr die Investition zu tätigen.

Es war für alle schwierig, den Haushalt zu lesen, da man das alte Bild des Haushaltes gewohnt ist. Der Gesetzgeber hat aber den Schwerpunkt darauf gelegt, dass das Augenmerk auf die Kosten der einzelnen Leistung gelenkt wird und nicht auf die sich dahinter verbergenden Kosten, wie Porto, Heizkosten o.ä.

Frau Scharrenbroich, SPD, als Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses:


Da der Kämmerer schon zu den Zahlen usw. gesprochen hat, erfolgen durch Frau Scharrenbroich nur die kurzen Anmerkungen zur Beratung des Finanz- und

Gremium Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Niederschrift Seite: 25	
DS Nr.:		Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

Wirtschaftsförderungsausschusses, der in der Sitzung am 07.04.2011 vom Kämmerer in die Grundzüge des doppischen Haushaltes eingeführt wurde. Auf Wunsch der Fraktionen war der Kämmerer in einzelne Fraktionen gegangen, um Fragen zu beantworten, detaillierte Erläuterungen zu geben. Frau Scharrenbroich dankt Herrn Kasten dafür nochmals herzlich. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hat dann am 05.05.2011 die Haushaltsberatung durchgeführt. Die Bewertung des Haushaltes habe einigen Mitgliedern des Ausschusses Probleme bereitet, weil man keinen Vergleich hatte. Interessant wird es im nächsten Jahr werden, wenn ein zweiter Haushalt als Vergleichshaushalt vorliegt.

Die Diskussionen im Ausschuss verliefen in einer sachlichen und konstruktiven und respektvollen Atmosphäre, wofür Frau Scharrenbroich ebenfalls herzlich dankt. Weiteren Dank spricht Frau Scharrenbroich ihrem Stellvertreter, Herr Trog, aus, der vertretungsweise die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses geleitet hatte.

Herr Frank, DIE LINKE/BündnisGrüne, vermutet, dass die kurze Beratungsdauer zum Haushalt wohl daran gelegen haben könnte, dass der neue Haushalt für viele ein Buch mit sieben Siegeln darstellte. Die Fraktion DIE LINKE/BündnisGrüne konnte aus Termingründen den Kämmerer leider nicht einladen, hat dann aber selbst versucht, im Wesentlichen den Haushalt zu lesen und zu verstehen. Bisher konnte man die Einnahmen und Ausgaben bei den Einzelpositionen gut mit den Ergebnissen des Vorjahres vergleichen. Mit diesem Haushalt muss man neu lernen, wie man den Finger auf jeden Posten legen kann. Hatte man früher konkrete Einnahme- und Ausgabepositionen, wie Mieten, Personalausgaben, Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges z.B., so hat man heute Produkte, in denen sich so einiges versteckt, was man erst einmal auseinander pflücken muss. Dies ist schwierig ohne eine Eröffnungsbilanz, also ohne zu wissen, wie steht es um die Stadt. Bisher waren die Aussagen, dass es der Stadt gut geht und sie noch Vermögen hat. Das Vermögen geht immer weiter zurück, was man auf der Seite 43 lesen kann. 2003 noch 10 Mio. € in der Rücklage und heute nur noch 2 Mio. € Rücklage. Die Zuschüsse der Stadt gehen aber immer weiter nach oben. Von 2 Mio. € in 2006 ist man jetzt schon bei 3,4 Mio. € Ausgaben. Die Entwicklung möge genau beachtet werden. Sollte die Stadt in den nächsten Jahren evtl. Altanschließergebühren für die kommunalen Liegenschaften zahlen müssen, wird es sich nach Aussagen der Verwaltung um einen sechsstelligen Betrag handeln. Es fehlt im Haushalt eine Strategie, wie man mit dem Geld der Bürger vernünftig umgehen kann. Ebenso ist beklagenswert, dass auch in diesem Jahr keine Bürgerbeteiligung zum Haushalt stattfand. Andere haben schon seit Jahren einen Bürgerhaushalt und die Stadt hat einen Haushalt, der über die Bürger hinweg geht. Warum will man nicht endlich mit der Transparenz beginnen oder will man erst beginnen, wenn alle Reserven aufgebraucht sind. Transparenz wird auch bei den Projekten erwartet, die als notwendig und gut angepriesen werden und sich dann nicht als „faules Ei“ herausstellen. Die Fraktion nennt dafür als Beispiel den Umzug des Industriemuseums in das Gebäude in der Oderstraße. Im Haushalt ist der


Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 26	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Zuschuss für den Verein „Industriemuseum“ enthalten, über den lange diskutiert wurde. Unter anderem wurde auch zu den Räumlichkeiten gefragt, ob der Platz im Gebäude ausreichen wird usw. und keiner hat dabei erwähnt, dass es darum geht, dass die Akademie 2. Lebenshälfte dort dann auszieht. Wäre das bekannt gewesen, wäre die Entscheidung in der SVV wahrscheinlich anders getroffen worden. Es wird hier ein bisschen mit falschen Karten gespielt. Zum Haushalt gehört auch immer der Stellenplan. So sollen Stellen gestrichen werden und andere geschaffen werden. Unter anderem geht es um die Stelle beim Bürgermeister, die bisher eine hohe Priorität hatte, jedoch durch personelle Fehleinschätzung des Bürgermeisters zum Debakel wurde und nun einfach gestrichen werden soll, nämlich der Wirtschaftsförderer. War man sich nicht einig, dass ein Wirtschaftsförderer notwendig ist für die Stadt. Im Stellenplan steht jetzt die lapidare Bemerkung, dass eine regional angesiedelte Lösung avisiert ist. Man fragt sich natürlich, welche dies ist und wann man eine entsprechende Antwort bekommt?

Im Bürgermeisterbereich soll eine Stelle „Regionalmanagers“ geschaffen werden, wozu erläutert wird, „es soll ein Anfang gemacht werden, die Ressourcen der drei Kommunen besser auszunutzen und er soll Organisationseinheiten so vernetzen, dass erstrebte Synergien benutzt werden.“ Man frage sich da, was in den letzten 20 Jahren gemacht wurde und wer es gemacht hat, weil bestimmte Dinge schon sehr gut gelaufen sind. Auch die anderen zu schaffenden Stellen zeigen nebulöse Darstellungen der künftigen Tätigkeit. Die Kulturkoordinatorin erhält eine Assistentin. Was genau die Tätigkeitsfelder sein werden, bleibt im Verborgenen. Hier wünscht man sich mehr Klarheit, welche Arbeitsaufgaben dort zur Erledigung anstehen. Beim Ordnungsaußen- und -innendienst wird es genauer, weil der Bürgermeister zur Überwachung des fließenden Verkehrs eine Arbeitskraft benötigt. Als diese Aufgabenübernahme durch die SVV, ohne die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, beschlossen wurde, stand in einer Studie, dass die Aufgabe von der Feuerwehr übernommen wird und in der Argumentation wurde gesagt, dass die Aufgabe zur Disziplinierung der Kraftfahrer übernommen werden sollte. Beides hat sich als Irrtum erwiesen. Vielleicht könnte Teltow ordentlicher werden, wenn der Ordnungsdienst dafür genutzt würde, für Ordnung zu sorgen. Die Fraktion DIE LINKE/BündnisGrüne wird dem Haushalt nicht einheitlich die Stimme geben, weil noch zu viele Ecken und Kanten gesehen werden, an denen man sich nicht stoßen will.

Frau Dr. Fanter, FV BIT, stimmt in vielen Passagen den Ausführungen des Herrn Frank zu und möchte sich deshalb kürzer fassen. Der Kämmerer war in die Fraktion eingeladen worden und hat sehr viele Erklärungen gegeben. Die Fraktion hat aber gemerkt, dass es wohl in der Verwaltung noch eine gewisse Verunsicherung wegen der neuen doppelten Haushaltsführung gibt und die Fraktion noch viele Probleme sieht, die vielleicht anders angefasst werden müssten. Aus diesem Grund wird die Fraktion der BIT dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Trog, FV CDU, möchte einige Ausführungen zu den Haushaltssitzungen machen, die er leiten durfte, weil Frau Scharrenbroich nicht anwesend sein

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 27	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

konnte. In Erinnerung an die früheren Jahre, in denen Herr Trog die Ausschusssitzungen geleitet hat als Vorsitzender des Ausschusses, hat eine absolut tolle Streitkultur bestanden, die sich oft über mehrere Sitzungen erstreckte. Gründe dafür waren, weil die Stadtverordneten sich wirklich trefflich darüber streiten durften, z.B. zu den Heizungskosten an den Schulen oder an den kommunalen Gebäuden. Es wurde auf der einen Seite kräftig saniert und auf der anderen Seite sind die Heizkosten trotzdem gestiegen usw. Das waren solche Streitpunkte, wo letztendlich die Verwaltung auch nachschauen musste, warum es so passiert ist. All das sieht man heute aus dem Haushalt nicht mehr, man hat nur noch große Zahlen und schwebt im Grunde über Eckdaten nur und ansonsten im Dunkeln. Auf Nachfragen der Stadtverordneten, die es ja gewohnt waren, in die Tiefe gehen zu können, musste der Kämmerer gestehen, dass er ja alles hat, es aber die Doppik nicht fordert und wenn die Stadtverordneten dort hineinsehen wollten, der Kämmerer ungefähr Papier in einer Höhe von 1,50 m mitbringen müsste. Unter diesen Umständen durfte keine zweite Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses gemacht werden, weil keine tiefgründigen Fragen gestellt werden konnten. Herr Trog denkt, dass für die Zukunft alle Stadtverordneten umdenken müssen, um im Vorfeld dieser Haushaltssitzungen die Möglichkeit zu nutzen, sich in der Verwaltung schlau zu machen und dann könnte die ordentliche Diskussion stattfinden. Die Stadtverordneten müssen versuchen, ein System zu entwickeln, um im nächsten Jahr wieder in die Tiefe gehen zu können und in die Tiefe hinein zu diskutieren. Dabei würden dann eventuell noch zu korrigierende Fehler aufgedeckt werden können.

Frau Gebauer, Freies Mandat, hat ihre Grundsatzerklärung zum Haushalt 2011 im Hauptausschuss schriftlich zu Protokoll gegeben und sie wird dem Haushalt 2011 nicht zustimmen.

Herr Wigand, Freies Mandat, sieht es so, dass es als erstaunlich erscheinen mag, dass man über einen Haushalt redet, der doppisch ist, zu dem aber keine Eröffnungsbilanz vorliegt. Es ist sicher erstaunlich, aber es ist so vom Gesetzgeber toleriert und der Gesetzgeber definiert damit den Maßstab der Beurteilung dieses Haushaltsentwurfes, so dass er im Rahmen dessen, wie er als Entwurf vorgelegt wurde, abstimmungsfähig ist und Herr Wigand werde dem Haushalt 2011 zustimmen.

Herr Derlig, FDP, gehe nach den Ausführungen von Herrn Trog eigentlich davon aus, dass die Doppik nicht von der Politik, sondern von der Verwaltung erfunden wurde. Man weiß aber, was man zu tun hat und es muss ja ohne Haushalt gehen, wenn man ihn erst Ende Mai beschließt. Herr Derlig wird sich zum Haushalt 2011 enthalten, weil man sich vor eineinhalb Jahren verständigt hatte, die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Herr Derlig sucht den Prüfstand. Es passiert nichts. Die freiwilligen Leistungen werden immer mehr und Herr Derlig weiß nicht, wie lange man diese noch verantworten kann. Herr Derlig stimme da den Ausführungen des Herrn Frank zu. Zum anderen sei immer noch eine Frage offen, weil, wenn man 150 T€ oder 100 T€ für ein Stadtmarketing ausgibt, das nach Ansicht Herrn Derlig nur noch eine Veranstaltungsagentur ist, kann dem

Gremium Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Niederschrift Seite: 28	
DS Nr.:		Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

Haushalt nicht zugestimmt werden. Stadtverordnete hatten eine Eingabe an die Kommunalaufsicht dazu gemacht und die Antwort war, dass der Bürgermeister mit den Beteiligten sprechen wird. Das ist seit sieben Monaten nicht passiert. Es scheint also nicht wichtig zu sein. Herr Derlig wird sich aus diesem Grund enthalten und sein Fraktionskollege, Herr Valentin, wolle gegen den Haushalt stimmen.

Frau Hochmuth, FV SPD, erklärt, dass ihre Fraktion dem Haushalt 2011 zustimmen wird. Als Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Derlig muss gesagt werden, dass die Fraktionen damals die Aufforderung erhalten hatten, ihre Vorschläge für Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen einzubringen. Soweit Frau Hochmuth gehört hat, war es wohl die Fraktion der SPD, die als einzige Fraktion Vorschläge eingebracht hat. Dabei ging es z.B. um die Kürzung zum Stadtmarketing von 150 T€ auf 100 T€, zu Einsparmöglichkeiten bei den Straßenausbauten usw. Zur Frage eines Bürgerhaushaltes oder eines bürgerfreundlichen Haushaltes ist die Fraktion der SPD auch dafür. Auf Grund der Umstellung der gesamten Haushaltsführung auf Doppik wurde davon abgesehen, es für dieses Jahr schon zu beantragen. Frau Hochmuth hat aber ein Dokument von einer A 4-Seite, in dem freiwillige Leistungen aufgeführt sind, die einen großen Umfang einnehmen. Deshalb kann man nicht von einem bürgerunfreundlichen oder bürgerfremden Haushalt sprechen.

Bürgermeister, Herr Schmidt, möchte einige Ausführungen auf die offenen Fragen vornehmen. Zu den Entwicklungen bei den freiwilligen Leistungen. Ja, es ist ein Thema, ja, es wurde in diesem Jahr angeschoben und ja, man muss es im Auge behalten. Die freiwilligen Leistungen sind aber auch ein Stück der Lebensqualität in der Stadt und das dürfte unstrittig sein. Es muss aber trotzdem geschaut werden, dass die Schere nicht soweit auseinandergeht, dass man es nicht mehr vertreten könnte.

Zum Stichwort „Akademie 2. Lebenshälfte“: Auch Herr Frank wird noch überzeugt werden, dass es keine Mogelpackung war. Es ist eine öffentliche Diskussion losgetreten worden, die nicht den Tatsachen entspricht. Herr Schmidt setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass hier freie Träger, Vereine in ihrem Engagement nicht aufeinander gehetzt werden. So kann es nicht laufen. Die Akademie hat neue Räume gesucht und selbst den Mietvertrag gekündigt. Sie hat einen anderen Anspruch gewählt, nämlich einen seniorenrechtlichen und behindertengerechten Zuwegungsbereich. Das ist o. k. und die Stadt unterstützt sie dabei auch. Weder die Gemeinde Stahnsdorf, die Gemeinde Kleinmachnow oder die Stadt Teltow haben im Zuge der Kommunikation die Frage gestellt, in welche Räume die Akademie gehen wird. Diese Frage ist bilateral verhandelt worden. Wichtig erscheint Herrn Schmidt, dass die Träger, die für die Stadt eine hervorragende Arbeit leisten, die Unterstützung erfahren. Herzliche Bitte des Bürgermeisters deshalb, sich an solchen falschen Diskussionen nicht zu beteiligen.

Zur Assistentenstelle für die Kulturkoordinatorin:

Es möge dazu im Kulturkonzept nachgeschlagen werden, in dem genau erläutert

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 29	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

ist, warum, wieso, weshalb. Die Verwaltung hat es deshalb konsequenter Weise in den Haushalt aufgenommen.

Zur Frage Wirtschaftsförderer: Sie unterliegt nicht der Fehleinschätzung des Bürgermeisters, sondern ist Bestandteil des Regionalkonzeptes, das ausgearbeitet wurde für die Bewerbung zum Regionalen Wachstumskern. Insofern ist das Ergebnis, und da gibt der Bürgermeister Herrn Derlig Recht, nicht das Ergebnis, was man haben wollte. Man wird sich dafür im Landkreis nochmals stark machen.

Zur Frage Regionalmanager:


Es resultiert ebenfalls aus dem Regionalkonzept und es muss gelingen, insbesondere als Mittelzentrum, hier federführend tätig zu werden. Der Bürgermeister bittet dabei ausdrücklich auch alle Fraktionen um ihre Unterstützung. Es soll versucht werden, einen Bereich zum Laufen zu bringen, der auch aus Stahnsdorf und Kleinmachnow mit Manpower untersetzt wird. Es geht nicht um eine Person, sondern die Gemeinden Stahnsdorf und Kleinmachnow sollen es durch Abordnung oder Einstellung mit flankieren. Man muss als Region zusammenwirken.

Zur mobilen Verkehrsüberwachung:

Das es nicht zu dem Erfolg geführt hat, wie ursprünglich vorgesehen, nämlich, dass die Kraftfahrer bewegt werden sollen, langsamer zu fahren oder sich an die Straßenverkehrsordnung zu halten, ist traurig genug und der Bürgermeister kann immer wieder nur sagen, die Bürger der Stadt fragen diese Dienstleistung auch nach den vielen Jahren immer wieder an und wollen sie in ihren Straßen haben. Sie wollen die Möglichkeit haben, dass die Raserei in den Straßen unterbunden wird. Für die Stadt ist es eine gute Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Allein die Anzeigetafel würde nicht helfen. Man ist da ja aber unterschiedlicher Meinung und das wird auch respektiert.

Herr Derlig, FDP, unterstützt trotzdem Herrn Frank in seinen Aussagen zur Akademie 2. Lebenshälfte. Wenn man eine ganze Etage mietet, schaut man sich vorher an, wobei man merken würde, dass da schon jemand drin ist. Herr Derlig bittet also darum, dass es korrekt und nicht wieder „sonnenschirmartig“ dargestellt wird.

Entgegnung des Bürgermeisters, dass es genau der Punkt ist. Der Mieter wird es sich auch angesehen haben. Die Kommunen haben versucht, die Sache zu flankieren, weil das Industriemuseum in Kleinmachnow aus den Räumen ziehen muss. Sie haben die Idee entwickelt, die sich u. a. auch aus Kontakten mit Unternehmen aus dem Ort ergeben hat, nämlich, dass im Ort Räume zur Verfügung stehen könnten, die genau auf die Anforderungen des Museums zugeschnitten waren. Es geht um Deckentraglast, um Transportmöglichkeiten im Hause und um zusammenhängende Flächen. Das sind Dinge, die dann in der Kommunikation nicht so gelaufen sind, wie sie hätten laufen sollen. Aber das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter hat die Kommunen dann vor eine Situation gestellt, der man nicht sofort Herr wurde. Es hat sich aber geklärt und

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 30	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

man möge bei den Beteiligten nachfragen, wie der tatsächliche Wahrheitsgehalt sich darstellt. Das möge man bitte tun.

Der Vorsitzende schließt die Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2011.

Die SVV beschließt:

Beschluss:

„Die Haushaltssatzung 2011 in der vorliegenden Fassung, einschließlich des Haushaltsplanes und des Stellenplanes, wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit
 14-Ja-Stimmen
 4- Nein-Stimmen
 8-Enthaltungen gefasst

Beschluss-Nr.: SVV-07/25/2011

TOP 9.: Sonstiges und Informationen

(Frau Tanfal, SPD, nicht mehr anwesend. Damit sind noch 25 Stadtverordnete anwesend.)

Herr Berezki, CDU, hat eine generelle Anmerkung zu persönlichen Erklärungen und dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges und Informationen“ in der SVV und in den Ausschüssen der SVV: Es kommt immer wieder zu sehr langen Diskussionen in dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges und Informationen“. Jede Fraktion hat doch die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, dass bestimmte Themen auf die Tagesordnungen genommen werden. Dann könnte sich auch jeder andere Stadtverordnete im Vorfeld der Sitzung zum Thema informieren, um dann mit zu diskutieren. Wenn das Thema Altanschließergebühren nur unter Sonstiges und Informationen oder über eine persönliche Erklärung angesprochen werden soll, zieht Herr Berezki daraus den Schluss, dass das Thema nicht diskutiert werden soll, sondern nur polemisch dargestellt wird. Deshalb die Bitte, es vorher beim jeweiligen Vorsitzenden für die Tagesordnung zu beantragen, damit sich alle darauf vorbereiten können und die Diskussion dann von allen geführt werden kann.

Herr Frank, DIE LINKE/BündnisGrüne, weist auf die von ihm verteilten Zettel hin, wo auf die Einladung des Vereins „Teltow ohne Grenzen“ zu einer Fahrt in die Partnerstadt nach Ahlen hingewiesen wird. Herr Frank bittet die Stadtverordneten, wirklich mal mit zu kommen in die Partnerstadt und auch andere zu motivieren. Zum diesjährigen 20jährigen Bestehen der Partnerschaft mit Ahlen sollte versucht werden, mehr Leben in die Partnerschaft zu bringen und sie nicht nur auf offizieller Ebene stattfinden zu lassen.

Herr Valentin, FDP, hat eine Anmerkung und zwei Fragen: Zur Bürgeranfrage zu den Altanschließergebühren: Herr Grubert hat ausführlich die rechtliche Lage dargestellt und letztendlich besteht nur eine Möglichkeit in der Widerspruchs-

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 31	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

einlegung gegen den Bescheid und dann die Klage besteht. Es werden auch die Wohnungsgesellschaften von den Altanschließergebühren betroffen sein. Vielleicht wäre es ein Weg, dass nicht der Privatbürger gegen den Bescheid klagen muss, sondern die Wohnungsgesellschaften und wo die Bürger sich dann mit heranhängen können.

1. Frage: Es konnte der Presse entnommen werden, dass das Maskottchen des Wettbewerbs Entente Florale „Unsere Stadt blüht auf“ auf dem Kreisel Potsdamer Straße/Saganer Straße aufgestellt werden soll. Ist das richtig und wenn ja, wie kommt die Entscheidung zustande?
2. Frage zum Mehrgenerationenhaus: Wie wird die Parkplatzfrage gelöst werden können, da das Haus sich wachsender Beliebtheit und Annahme erfreue?

Frau Gebauer, Freies Mandat, möchte Herrn Bereczkis Ausführungen aufnehmen und deshalb die Frage, ob das nächste Mal die Thematik eines Bürgerhaushaltes auf die Tagesordnung genommen wird, wie man sich den Bürgerhaushalt 2012 vorstellt usw.?

Zur Altanschließerproblematik kann Frau Gebauer den Ansichten des Bürgermeisters nicht ganz folgen. Der Bürgermeister hatte dabei eine politische Verantwortung. Er hat gesagt, dass die Bürger in die Fragestunden bei der Verbandsversammlung oder überhaupt in die Sitzung des WAZV hätten gehen können. Der Bürgermeister weiß selbst, dass die Gesetze erst im Nachhinein, erst als das Oberlandesgericht diese Entscheidung getroffen hat, die Gesetze erst nachträglich geändert wurden. Es gehe soweit, dass die Rechtswirksamkeit erst mit der Satzung eintritt und von da an erst die Verjährungsfrist laufe. All das sei im Vorfeld ja erst verändert worden, da wurden die Verjährungsfristen geändert, es im Landtag durchgewunken. Es wäre eine politische Aufgabe gewesen, dass man den Leuten klar macht, Achtung Leute! Frau Gebauer habe es mehrfach gesagt und versucht und es ticke eine politische Bombe, denn es gehe an das Portemonnaie der Bürger. Frau Gebauer mache dem Bürgermeister den Vorwurf, nicht vorbereitend aufgegriffen zu haben. Frau Gebauer als selbst Betroffene wird das Widerspruchsrecht wahrnehmen, der sehr heftig werden wird, weil das Landesgesetz sagt, weil ein Wertvorteil entsteht. Wer hat denn einen Wertvorteil nachgehalten? Die Investitionen mussten deshalb vorgenommen, weil es immer Zuzug gab und immer weitere Investitionen notwendig waren. Mit dem Recht, das jetzt „zusammen gezimmert wurde“, könnte z.B. jetzt auch e.on-edis kommen und von nachgezogenen Bürgern irgendwelche Anschlussbeiträge haben wollen. Das Ganze sei ganz doll wackelig und es wissen alle Beteiligten. Es ist zwar relativ rechtssicher gemacht worden, dass man nur im Einzelfall vielleicht noch die Möglichkeit einer Entlastung oder der Reduzierung hat, aber insofern hätte man die Bürger besser darauf vorbereiten müssen.

Es entwickelt sich eine weitere umfangreiche Diskussion zur Altanschließerproblematik mit folgenden Schwerpunkten:

- Es kommt auf die Leute zu, dass sie innerhalb von vier Wochen bezahlen

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 32	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

müssen. Vielleicht könnte der Zahlungszwang ausgesetzt werden bis es vor Gericht geklärt ist. Viele Leute haben das Geld nicht so schnell und würden mit ihrem Vermögen, Haus und Grundstück, dafür einstehen müssen. (Herr Dr. Köhn, DIE LINKE/BündnisGrüne)


- Das neue Gesetz räumt ausdrücklich die Möglichkeit ein, den nachgeforderten Betrag auf Null zu setzen und Herr Adenstedt erschreckt, dass sowohl Herr Grubert als auch der Bürgermeister diese Regelung nicht kennen. Was auch geht, was Herr Adenstedt für richtiger und für gerechter halten würde, wäre, dass die Satzung so differenziert gestaltet werden könnte, dass tatsächlich nur derjenige, der noch nichts bezahlt hat oder zur Leistung noch nicht herangezogen wurde, jetzt zur Zahlung herangezogen wird. Das bedeutet, dass die Satzung geändert werden müsste. Es soll Gerechtigkeit hergestellt werden, indem man die Leute, die schon bezahlt haben, von weiteren Leistungen frei stellt. (Herr Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne)
- **Weitere Fragen des Herrn Adenstedt:** 1. Herr Adenstedt hatte den Hinweis gegeben, dass es bereits ein Vogelgutachten gibt. Es wurde heute etwas auf den Tisch gelegt und vielleicht könnte Frau Rietz dazu die Erläuterungen geben. 2. Herr Adenstedt hätte vorhin statt des langen Vortrages über die Feuerwehr, den man lieber bei der Veranstaltung der Feuerwehr gehört hätte, wo er hingehört, gern etwas zum Forschungsreaktor in Wannsee gehört und dass der Betreiber der Anlage immer noch die Helmholtzgesellschaft ist. Das erschreckt Herrn Adenstedt, weil ein Teil der Helmholtzgesellschaft aus der ehemaligen GSF besteht und diese GSF über 30 Jahre in unverantwortlicher Weise die Asse betrieben hat. Das, was dort passiert ist, führte dazu, dass das Fachministerium vor zwei Jahren alles übernommen hat. Es gibt Gefahrenabwehrpläne und kann man diese einsehen? Was wird gemacht, wenn plötzlich durch Unachtsamkeit oder Schulderei eine Immission eintritt?

Vielleicht könnte der Bürgermeister darauf Einfluss nehmen, dass die Einsichtnahme möglich wird.

3. Für welche Bereiche gilt das Notfalltraining im Atemschutzbereich, dass vorhin bei der Feuerwehrberichterstattung erwähnt wurde?

Frau Hochmuth, FV SPD, geht es zu weit, was hier unter Sonstiges und Informationen besprochen wird. Es ist vielleicht von den Rednern gut angebracht, weil man meint, dass heute viel Presse anwesend ist. Normalerweise können diese Probleme in den Ausschüssen angesprochen und dort direkt beantwortet werden. Bei dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges und Informationen“ geht es nicht um die Beratung und Diskussion zu bestimmten Themen.

Herr Derlig, FDP, sieht es so, dass die Definition einer persönlichen Erklärung nicht dadurch aufgehoben werden kann, dass die Mehrheit durch einen

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 33	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Geschäftsordnungsantrag sagt, dass derjenige weiter reden darf. Es ist und bleibt trotzdem keine persönliche Erklärung. Deshalb die Bitte an das Präsidium, sich der Sache ernsthaft anzunehmen und notfalls die Fraktionen nochmals schriftlich zu informieren, was die Kommunalverfassung und die Geschäftsordnung unter einer persönlichen Erklärung verstehen. Es geht nicht gegen Herrn Dr. Köhn, sondern darum, dass die Stadtverordneten mit Sachthemen konfrontiert werden, die auf der Tagesordnung hätten stehen können. Es hätte sich gehört, dass die Altanschießerproblematik heute auf der Tagesordnung gewesen wäre, weil die Stadt Eigentümer von Wohnungen ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass die richtige Verfahrensweise gewesen wäre, es als Thema in den Fachausschüssen zu beraten und dort gegebenenfalls für die SVV einen Beschlussvorschlag vorzubereiten. Zur persönlichen Erklärung regelt der Paragraph 16 (Abs. 6) der Geschäftsordnung, dass diese dem Vorsitzenden vorher anzuzeigen ist und nicht im Zusammenhang mit einem Punkt der Tagesordnung stehen darf. Herr Längrich stimmt dem aber zu, dass die Definition einer persönlichen Erklärung in der Geschäftsordnung präziser gefasst werden muss.

Bürgermeister, Herr Schmidt, spricht dem Vorsitzenden der SVV seinen außerordentlichen Dank dafür aus, dass er das Thema Brandschutz **vorhin nicht unterbrochen hat**, sondern auch in Anbetracht der anwesenden Presse zuließ, dass die Dinge hier vorgetragen werden können, die in der Stadt passieren und wichtig sind, auch für die Öffentlichkeit. Herr Schmidt findet es völlig legitim, wenn es in der SVV stattfindet und die halbe Stunde sollten sich die Stadtverordneten auch Zeit nehmen. Herr Schmidt stellt sich vor, es würde bei Herrn Adenstedt brennen und die Kameraden der Feuerwehr würden sagen, dass sie nur 20 Minuten Zeit haben. So könnte es wohl nicht sein.

Zu Stellplätzen am Mehrgenerationenhaus:

Die Stellplätze wurden gemäß der Stellplatzsatzung nachgewiesen und befinden sich unmittelbar im Umfeld des Mehrgenerationenhauses u. a. auch im Bereich der Feldstraße, die noch ordentlich hergerichtet werden.

Zum Standort des Maskottchens:

Der Kreisel Potsdamer Straße/Saganer Straße wird bepflanzt und später soll sich das Maskottchen dort wiederfinden. Es wird Hingucker werden und wird eine ordentliche Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erlangen.

Zur Altanschießerproblematik:

Herr Schmidt fragt Herrn Dr. Köhn, wie lang dieser in Teltow wohnt?

Antwort von Herrn Dr. Köhn, dass er seit 2002 in Teltow gemeldet ist.

Herr Schmidt hält es dann nicht für richtig, wenn Herr Dr. Köhn in seiner persönlichen Erklärung sagt, dass man in Teltow über ein völlig intaktes Abwassersystem verfügt hat. Es ist nicht wahr und genauso wenig ist wahr, dass wir ein Klärwerk haben. Herr Dr. Köhn hat sich überhaupt nicht mit der Materie

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 34	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		


auseinandergesetzt. Dieses Thema hat Herr Schmidt auch mit der MWA diskutiert, indem Herr Schmidt gefragt hat, ob sich Herr Dr. Köhn bei der MWA über Sachverhalte informiert hätte? Es hat nie stattgefunden und deshalb die Bitte des Bürgermeisters, dieses Thema zu versachlichen. Es sind alle in diesem Kreis Mitglieder der SVV und politisch engagiert. Man weiß, was in den letzten Jahren gelaufen ist, man kennt die Gesetzgebungsverfahren und man weiß, was man zu erwarten hatte. Zur gesamten Problematik Altanschließer: Man kann das Optionsmodell mit allen Risiken diskutieren und nicht sagen, ich hab da mal eine Idee. Man muss dann aber auch eine Risikoabwägung durchführen. Es hätte auch gebührenfinanziert geregelt werden können. Was wäre dann aber in den Mehrgeschossern, in den Bereichen um den Ruhlsdorfer Platz geworden. Meint man denn, diejenigen, die in den Wohnungen wohnen bezahlen die Gebühren mehr dafür, dass andere in ihren Häusern wohnen? Es gibt eine Reihe von mehreren Möglichkeiten, die aber abgewogen werden müssen. Es wird Widersprüche geben, die es aber in jedem Fall gegeben hätte und von daher ist die Rechtssicherheit gefordert, so dass sich niemand benachteiligt fühlt. Man befindet sich in einer Gesetzesumsetzung und es muss geprüft werden, wie diese so wenig Betroffenheit wie möglich nach sich zieht. Das aber für die Gesamtheit nach dem Solidarprinzip. Der WAZV ist die Körperschaft der beteiligten Kommunen und Herr Schmidt wünsche sich dort die Diskussion, weil sie hier in der SVV nicht zum Ende gebracht werden könnte. Die Dinge mögen in Gänze betrachtet, solide diskutiert werden und nicht nach dem Motto, „hier sitzen nun mal 50 Leute, ich halte meine Rede und bekomme mal Applaus“. Das geht so nicht.

Herr Dr. Köhn erwidert, dass er über ein halbes Jahr lang hart gearbeitet hat, um sich in der Sache kundig zu machen.

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass in den Ausschüssen die Sachthemen beraten werden können. In der nächsten Ausschuss-Sitzung könnte es diskutiert werden.

Herr Adenstedt, DIE LINKE/BündnisGrüne, stimmt den Ausführungen des Vorsitzenden zu. Gleiches Recht soll aber für alle bestehen und wenn der Bürgermeister in einer Art und Weise gegen Herrn Dr. Köhn vorgeht, findet Herr Adenstedt das nicht korrekt und ebenso auch nicht die Äußerung des Bürgermeisters zur Feuerwehr, die „missverstehend“ gewesen ist, da Herr Adenstedt die gesamte Feuerwehrausbildung mal gemacht hat und nicht glaubt, dass der Bürgermeister so weit gekommen ist. Herr Adenstedt weiß ganz genau, was es bedeutet und weiß es sehr zu würdigen, aber die Art und Weise, wie man es hier gemacht hat, so geht es nicht. Wenn Herr Dr. Köhn also angegriffen wird, muss er sich auch verteidigen können oder es ansonsten in den Ausschüssen gemacht werden.

Herr Valentin, FDP, muss dem Bürgermeister sagen, dass er nicht mit der Platzierung der Raupe, des Maskottchens, auf dem Kreisel einverstanden ist. Es gibt bessere Platzierungsmöglichkeiten. Herr Valentin hat der Presse

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 35	
DS Nr.:	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	

entnommen, dass die Stadt sich weiter bemüht hat, sich die Marke „Rübchenstadt“ zu sichern. Wenn Herr Valentin sich jetzt die Raupe dort vorstellt und vielleicht noch ein Rübchen dazu, dann passt das alles nicht. Es wird vorgeschlagen, dass der Standort nochmals im Hauptausschuss beraten und entschieden wird. Herr Valentin würde als Standort der Raupe den „Mattausch-Park“ empfehlen. Dort würde es reinpassen und zur Geltung kommen.

Bürgermeister, Herr Schmidt, entschuldigt sich für seine emotionalen Reaktionen vorhin. Es ging darum, dass festgestellt wurde, dass keinerlei Anfrage oder Sonstiges bei den Fachleuten, beim WAZV, gestellt wurde.

Zur Raupe nochmals die Information, dass es ja ein Schmetterling ist, weil Verwandlung beflügelt. Die Standortwahl hat zum einen mit dem Wahrnehmungseffekt zu tun. Man hat sich mit der Jugendkunstschule abgestimmt, dass sie jetzt am Wochenende gestaltet wird, d. h. es soll eine möglichst hohe Repräsentanz stattfinden. Es ist kein Spielgerät, was respektiert werden möge. Man hatte auch überlegt, sie auf einem Spielplatz, in einer Kita oder so zu platzieren, was aber nicht funktioniert. Sie soll auch keine Konkurrenz für das Teltower Rübchen sein. Die Tatsache, dass sie zum Hingucker werden soll und an der Stelle auch das Gestaltungsmerkmal durch die Jugendkunstschule, federführend durch Herrn Brauer, erfährt, ist allein Grund genug, dass man sagt, wir haben da etwas zu repräsentieren an der Stelle, was sich unmittelbar mit dem Bundeswettbewerb verbindet. Man will kein neues Wahrzeichen schaffen oder irgend etwas Neues mit der Ortsüblichkeit der Bienen darstellen, sondern man will an der Stelle auf diesen Bundeswettbewerb hinweisen, was auch gut ist, weil man sich dann in den nächsten Jahren noch erinnert. Man möge es dort doch bitte stehen lassen, es ist eine schöne Eingangssituation und es wird dort nicht dem Vandalismus usw. preisgegeben.

Zur Altanschießerproblematik schlägt der Bürgermeister vor, sich im Ältestenrat zur weiteren Vorgehensweise zu verständigen. Eine Beratung in den Ausschüssen könnte kein Ergebnis bringen. Ergebnisse könnten auch nicht in das Verfahren einfließen, weil es sich um eine Landesgesetzgebung handelt und das Thema über den WAZV delegiert.

Herr Frank, DIE LINKE/BündnisGrüne, stimmt dem Bürgermeister in gewisser Hinsicht zu, weil die Altanschießergebührenkiste nicht nur die SVV oder nur die Fraktionsvorsitzenden betrifft, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Das wichtigste wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger informiert werden, was sie jetzt tun sollen.

Es wäre die Zeit, eine Bürgerversammlung durchzuführen, in der die Gesetzeslage dargestellt und den Bürgern aufgezeigt wird, was sie tun können. Viele von den Bürgern könnten vor der Situation stehen, dass sie 4.000,00 € zahlen sollen, die sie nicht haben. Der Bürgermeister ist in der Pflicht, die Bürger zu informieren.

Zum Maskottchen: Die Stadt hat ein Markenzeichen, was das Rübchen ist. Dieses Rübchen war schon einmal da und ist wieder abmontiert worden. Wenn

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 36	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Leute neu in die Stadt kommen, wissen sie nicht, warum da eine Raupe bzw. ein Schmetterling steht. Für dieses Jahr könnte Herr Frank dem Standort zustimmen, es sollte aber nicht die Dauerlösung sein. Die Dauerlösung sollte das Markenzeichen der Stadt sein, nämlich das Rübchen.

Der Vorsitzende denkt, dass die Diskussion jetzt abgeschlossen werden sollte und dass es richtig ist, wenn der Bürgermeister sich dafür einsetzen würde, um die Bürger der Stadt zur Altanschließerproblematik zu informieren.

Bürgermeister, Herr Schmidt, stimmt dem zu, dass die Informationen nochmals an die Bürger gegeben werden und das dann über die MWA bzw. den WAZV organisiert würde, weil dort die Sachkunde vorhanden ist.

Herr Dr. Köhn, DIE LINKE/BündnisGrüne, sieht es so, dass es nicht klappen wird, weil es ansonsten heute auch geklappt hätte. Denn die Rechtsauffassungen vom Bürgermeister und von dem, was Herr Grubert gesagt hat, differieren ganz erheblich von dem, was der Innenminister gesagt hat. Herr Dr. Köhn hat drei große Schreiben vom Innenminister und danach kann der WAZV bzw. die Bürgermeister alles ändern. Es ist nicht so, dass schon alles gelaufen ist. Das ist nicht der Fall und es kann immer noch geändert werden und natürlich mit dem Blick auf alle.

Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Bereczki, CDU:
„Der Tagesordnungspunkt „Sonstiges und Informationen“ möge geschlossen werden und es möge zum nichtöffentlichen Teil übergegangen werden.“

Begründung:

Da seit einer halben Stunde überwiegend zur Altanschließerproblematik diskutiert wird, die nicht auf der Tagesordnung steht, wozu einige Stadtverordnete Schreiben von Ministern oder andere Informationen besitzen, die die Mehrheit der Stadtverordneten nicht zur Verfügung hat und deshalb an der Diskussion gar nicht teilnehmen könnten, möge der Tagesordnungspunkt geschlossen werden.

Der GO-Antrag wird mit
 23-Ja-Stimmen
 2-Enthaltungen **angenommen.**

TOP 9.1.: Schriftliche Vorlage zur Information

TOP 9.1.1.: Brandschutz

Die schriftliche Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9.2.: Weitere Informationen

Es gibt keine weiteren Informationen.

**VL-
046/2011**

Gremium <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2011	Niederschrift Seite: 37	
	Nr. der Sitzung: SVV/025/2011	
DS Nr.:		

Der Vorsitzende, Herr Längrich, beendet damit den öffentlichen Teil der 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.05.2011 und es wird eine Pause von 10 Minuten bis zum Übergang auf den nichtöffentlichen Teil eingelegt. (21:10 Uhr)